

# **INFORMATIONEN**

**aus der amtlichen Statistik**

**Nr. 2/ 2005  
April – Juni 2005  
(1039999-05002)**

**Statistisches Bundesamt**

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.  
Nachdruck oder Berichterstattung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Inhalt	Seite
52. Jahrestagung 2005 des Statistischen Beirats	5
56. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/ 45. EWR-Konferenz	6
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	9
Informationsveranstaltung für deutsche Europaparlamentarier	10
Strategie- und Programmplan des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2005 und 2006	11
Mitarbeiterpreis 2005 vergeben	12
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	12
Statistische Zeitreihen von 1950 bis 2003	12
Neues Faltblatt „Deutschland im internationalen Vergleich“ erschienen	13
Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung	13
Gesetz zur Änderung des Statistikregistergesetzes und sonstiger Statistikgesetze	13
Eurostat-Arbeitsgruppensitzung „Verbreitung statistischer Informationen“	14
Sitzung der „Arbeitsgruppe Indikatoren für die Informationsgesellschaft“ bei der OECD	14
Internationale UNECE Konferenz über Datenprüfungsmethoden	15
55. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts	15
Wissenschaftliche Tagung „Datenfusion und Datenintegration“	16
Mikrodaten über Unternehmen und Betriebe – neue Datenangebote für die Wissenschaft	17
Erster Qualitätsbericht im Internet veröffentlicht	17
Mathematisch-statistische Methoden	18
Arbeitskreis Mathematisch-statistische Methoden	18
Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit	19
30. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	19
Informationsveranstaltung zur Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	19
OECD-Workshop zu Materialflussrechnungen in Berlin	20
15. Internationale Input-Output Konferenz in Peking	20
Aufbau eines Berichtsmoduls „Verkehr und Umwelt“ im Rahmen der UGR	21
Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel	21
Sitzung der Business Statistics Directors Group (BSDG)	21
Experten-Konferenz zu Tourismus Satelliten-Systemen in den Mitgliedsländern der EU	22
Tagung der OECD Expertengruppe „kurzfristige Konjunkturindikatoren“	23
Strukturdaten über Unternehmen und Betriebe aus dem statistischen Unternehmensregister	23
Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste	24
Fachausschuss Verkehrsstatistik	24
In the Spotlight: Prices in Germany	24
Pilotuntersuchungen zum Aufbau von Erzeugerpreisindizes für die Rechtsberatung, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung	25
Neuer Konjunkturindikator: Arbeitskostenindex für Deutschland	26
Bevölkerung, Staat, Bildung	26
Gesetz zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes	26
CEIES-Seminar „Migrationsstatistiken – Soziale und ökonomische Implikationen unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes“	27
Generationensterbetafeln von 1871 bis 2003	27
Ausländische Bevölkerung in Deutschland	28
Statistiken über die öffentlichen Finanzen in Deutschland sind zukunftsorientiert	28

Gemeinschaftsveröffentlichung „Museumsbericht 2004“	30
Landwirtschaft, Umwelt	30
Gemeinsame Tagung über Nahrungsmittel- und Agrarstatistiken in Europa	30
Gemeinsame Broschüre zur nachhaltigen Abfallwirtschaft	31
Gesundheit, Soziales, Private Haushalte	31
Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes mit neu gestalteter Nutzeroberfläche	31
3. Bericht zur Pflegestatistik 2003 erschienen	32
Sozialhilfe regional 2003	32
Die Mikrodaten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 als Scientific- und Public-Use-Files	32
Personalnachrichten	33
<b>Anhang</b>	
Tagungskalender	

## 52. Jahrestagung 2005 des Statistischen Beirats

In den vergangenen Jahren legte der Statistische Beirat am Ende einer Legislaturperiode der Bundesregierung einen Bericht zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms vor, in dem er die Umsetzung seiner Empfehlungen evaluierte und Empfehlungen für die kommende Legislaturperiode gab. Um für den Fall, dass es zu vorzeitigen Neuwahlen des Bundestages kommt, vorbereitet zu sein, evaluierte der Statistische Beirat in seiner 52. Jahrestagung am 21. Juni 2005 die Umsetzung seiner Empfehlungen. Zusammenfassend ergab die Evaluation, dass 30 Empfehlungen bereits umgesetzt sind oder ihre Umsetzung sichergestellt ist. 27 Empfehlungen wird der Statistische Beirat in der kommenden Legislaturperiode weiterverfolgen. Vier Empfehlungen werden nicht weiterverfolgt, da sie entweder inzwischen überholt sind, oder es sich abzeichnet, dass sie in absehbarer Zeit nur geringe Realisierungschancen haben.

Der Beirat verständigte sich darauf, Eckpunkte zur Weiterentwicklung des deutschen und europäischen statistischen Systems rechtzeitig in die Diskussion des Regierungsprogramms für die kommende Legislaturperiode einzubringen. Hierzu setzte er seine Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“ wieder ein. Sie soll bis Mitte August 2005 einen Entwurf vorlegen, den der Statistische Beirat im schriftlichen Verfahren oder in einer Sondersitzung bis Mitte September 2005 abstimmen wird.

Bereits in seiner Tagung im Juni 2003 hat der Statistische Beirat die Bundesregierung gebeten, die Überarbeitung des deutschen Statistikrechts insbesondere des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) in der 15. Wahlperiode einzuleiten und legte hierzu konkrete Empfehlungen zur Flexibilisierung der amtlichen Statistik vor. Der Statistische Beirat evaluierte in seiner Sitzung die Umsetzung seiner Empfehlungen zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes. Zusammenfassend ergab sich, dass 7 Empfehlungen umgesetzt sind oder ihre Umsetzung sichergestellt ist. 8 Empfehlungen sollen weiterverfolgt und 8 Empfehlungen nicht weiterverfolgt werden. Der Beirat beschloss, die verbleibenden Empfehlungen zur Novellierung

des Bundesstatistikgesetzes mit den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms zusammenzufassen.

Ein weiterer Beratungspunkt war der vom Statistischen Bundesamt im Frühjahr 2005 erstmals veröffentlichte Strategie- und Programmplan 2005/2006, der als primär intern ausgerichtetes Planungsinstrument zur Aufstellung des Haushaltsvoranschlags und der mittelfristigen Finanzplanung, der IT-Planung und des Jahresarbeitsprogramms dient. Der Statistische Beirat bat die Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“, den Strategie- und Programmplan mit dem Ziel, aus Sicht des Statistischen Beirats prioritäre Maßnahmen zu identifizieren, systematisch auszuwerten.

Die Beiratsmitglieder wurden unter dem Tagesordnungspunkt „Raumbezug statistischer Daten“ über die Bedeutung raumbezogener Informationen, die Nutzung raumbezogener Statistik sowie die Aktivitäten der amtlichen Statistik in diesem Bereich informiert. Die amtliche Statistik in Deutschland ist aufgefordert, Entwicklungen aufzugreifen und mit zu gestalten, die in vielen anderen Staaten, auch innerhalb der EU, bereits tägliche Praxis sind. Dabei bewegt sich die amtliche Statistik im Rahmen der vielfältigen Aktivitäten zum Aufbau von Geodateninfrastrukturen, die beispielsweise kleinräumige Informationen zur Bevölkerungsverteilung oder adressscharfe Koordinatenangaben zu Industrie- und Produktionsstandorten zur digitalen Weiterverarbeitung in Geoinformationssystemen fordern. Das Statistische Bundesamt hat trotz geringer werdender Ressourcen diese Herausforderung aufgenommen und Projekte initiiert, in denen das Potenzial raumbezogener Statistikdaten in enger Kooperation mit den Statistischen Landesämtern und unter Einbindung der Kommunalstatistik untersucht wird. Die Mitglieder des Statistischen Beirates unterstützen aktiv die Bestrebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die Nutzung und Bereitstellung raumbezogener Statistikdaten umfassend zu etablieren. Insbesondere betrifft dies die Vorhaben zur Georeferenzierung und raumbezogenen Auswertung des zukünftigen registergestützten Zensus und des neu konzipierten Unternehmensregisters sowie die Nutzungsmöglichkeit georeferenzierter Mikrodaten

durch die Wissenschaft in den Forschungszentren.

Wichtigste Partner des Statistischen Bundesamtes bei Gestaltung und Weiterentwicklung von System und Programm der Bundesstatistik sind die im Statistischen Beirat vertretenen Institutionen. Das Statistische Bundesamt hat Überlegungen angestellt, wie die Zufriedenheit der Partner regelmäßig gemessen und bei Bedarf verbessert werden kann. Darüber hinaus wurden dem Beirat die Ergebnisse der im Rahmen der IWF-Prüfung zur Bewertung der Datenqualität der deutschen amtlichen Statistik durch den Internationalen Währungsfonds durchgeführten Erhebungen zur Kundenzufriedenheit präsentiert, an der sich viele Beiratsmitglieder als Nutzer beteiligt haben. Der Statistische Beirat nahm die Ergebnisse der im Rahmen der IWF-Prüfung durchgeführten Erhebungen zur Kundenzufriedenheit zur Kenntnis und stimmte einer regelmäßigen Messung der Partnerzufriedenheit des Statistischen Beirats zu.

Anschließend wurde über die Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Statistikregistergesetzes und sonstiger Statistikgesetze vom 9. Juni 2005 (BGBl I S. 1534) auf die Zusammensetzung des Statistischen Beirats (Artikel 2) informiert. Die Änderung des § 4 Abs. 3 Satz 1 des Bundesstatistikgesetzes vom 22. Januar 1987 gibt den Umweltverbänden als Nutzer von Bundesstatistiken eine Stimme und trägt durch die Aufnahme eines Vertreters des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften der wachsenden Bedeutung der Europäischen Union für die Bundesstatistik Rechnung. Außerdem wird das Gewicht der Wissenschaft im Statistischen Beirat durch Aufnahme eines weiteren Vertreters gestärkt. Der zusätzliche Vertreter der Wissenschaft wird vom eingesetzten Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten benannt. Im Gegenzug wird die Zahl der Vertreter der Bundesministerien im Statistischen Beirat auf Zehn verringert. Insgesamt führt die Änderung zu einer geringfügigen Verkleinerung des Gremiums.

Weitere Informationspunkte waren der jährliche Bericht über die Aktivitäten und Ergebnisse des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich, ein aktueller Sachstandsbericht zum Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“ sowie die Einführung einer monatlichen ILO-Arbeitsmarkt-

statistik. Hierzu wurde vom Beirat angeregt, möglichst bald einen Workshop zu veranstalten, um die Ergebnisse der ILO-Arbeitsmarktstatistik zu diskutieren. Das Statistische Bundesamt wird den Vorschlag aufgreifen.

In einer Präsentation stellte das Statistische Bundesamt das neue IT-Verfahren eSTATISTIK.core vor, mit dem Unternehmen erstmals die Möglichkeit haben, über eine besonders Softwarekomponente statistische Rohdaten aus dem betrieblichen Rechnungswesen automatisch zu gewinnen und sie per Internet an die statistischen Ämter Deutschlands zu übermitteln. Das neue IT-Verfahren wurde – beginnend mit der CeBIT 2005 – für die Lohnstatistiken in Betrieb genommen. Weiterhin wurde das neue europäische Verbreitungssystem vorgestellt. Seit 1. Oktober 2004 haben die Nutzer kostenfreien Zugang zu allen Daten und elektronischen Veröffentlichungen Eurostats.

Wie in der letzten Sitzung des Statistischen Beirats vereinbart, hat das Statistische Bundesamt zur Verbesserung seiner Kunden- und Nutzerorientierung erstmalig einen Preis für ein besonders kundenfreundliches statistisches Produkt oder einen besonders guten statistischen Service vergeben. Eine Jury aus drei Mitgliedern des Statistischen Beirats hat auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Kriterienkatalogs die diesjährigen Preisträger ausgewählt. Preisverleihung und Würdigung der Preisträger fanden in der Sitzung des Statistischen Beirats statt (siehe ausführlichen Beitrag zum „Mitarbeiterpreis 2005“ auf Seite 12).

Die Tagung wurde abgeschlossen mit Berichten über den aktuellen Stand der Reform des Lohnstatistiksystems, über die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen, unterjährigen Mikrozensus ab dem 1. Januar 2005 sowie der Vorstellung des Indexrechners der Verbraucherpreise, der seit Februar 2005 im Internet zur Verfügung steht.

## **56. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/ 45. EWR-Konferenz**

Unter Beteiligung der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) fand am 25. Mai 2005 die 56. Sitzung des Ausschusses für

das Statistische Programm (ASP)/45. EWR-Konferenz in Kopenhagen statt.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, wurde für zwei Jahre zum neuen Vorsitzenden der ASP-Partnerschaftsgruppe ernannt. Als weitere neue Mitglieder nominierte der ASP die Leiter der statistischen Ämter Portugals und Litauens. Die Partnerschaftsgruppe setzt sich aus den Amtsleitern der statistischen Ämter von sieben EU-Mitgliedstaaten sowie dem Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zusammen. Sie befasst sich mit wichtigen strategischen Fragen des Europäischen Statistischen Systems und der Vorbereitung der ASP-Sitzungen.

Der ASP und die Staaten der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) stimmten folgenden Entwürfen für Kommissionsverordnungen zu:

- Entwurf einer Verordnung (EG) der Kommission zur Zulassung von Abweichungen des Vereinigten Königreichs und Österreichs von den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abfallstatistik,
- Entwurf einer Verordnung (EG) der Kommission zur Festlegung der Kriterien für die Qualitätsbewertung und des Inhalts der Berichte über die Qualität der Abfallstatistik,
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zu Berichtszeiträumen für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2214/96,
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 in Bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten,
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1916/2000 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten hinsichtlich der Definition und Übermittlung der Informationen über die Verdienststruktur,
- Entwurf einer Entscheidung der Kommission über die Gewährung von Ausnahmeregelungen für bestimmte Mitgliedstaaten in Bezug auf die nach der

Verordnung (EG) Nr. 1450/2004 der Kommission für die Berichtsjahre 2004 und 2006 zu erstellenden Statistiken (Innovationsstatistik),

- Entwurf einer Entscheidung der Kommission über die Gewährung von Ausnahmeregelungen für bestimmte Mitgliedstaaten in Bezug auf die nach der Verordnung (EG) Nr. 753/2004 der Kommission für die Berichtsjahre 2003, 2004 und 2005 zu erstellenden Statistiken (Wissenschaft und Technologie).

Der ASP lehnte den von Eurostat vorgelegten Entwurf einer Verordnung der Europäischen Kommission über den zeitlichen Rahmen der Preiserfassung für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ab. Deutschland, das Vereinigte Königreich und Irland votierten aus Subsidiaritäts- und Kostengründen gegen eine Harmonisierung der Erhebungszeiträume; Ungarn und Polen enthielten sich der Stimme. In Deutschland würde die Verordnung erhebliche Anpassungen der Preiserhebungsverfahren – vor allem bei den Statistischen Ämtern der Länder – erfordern. Die Kommission plant, den Entwurf an den Rat der Europäischen Union zur weiteren Behandlung zu übermitteln.

Der ASP dankte Eurostat für den ersten Entwurf des statistischen Jahresprogramms 2006. Einige Delegationen, darunter Deutschland, votierten vor dem Hintergrund der Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Entlastung der Befragten und zur Begrenzung des Statistikaufwandes für eine deutlich stärkere Prioritätensetzung – sowohl in den Jahresprogrammen als auch in den künftigen Mehrjahresprogrammen. Gefordert wurde auch eine Einbeziehung der bei Eurostat und in den Mitgliedstaaten entstehenden Kosten – zumindest grober Schätzungen – in die Jahresprogramme. Wegen der Schwierigkeit der Thematik beauftragte der ASP die ASP-Partnerschaftsgruppe, hierfür kosteneffiziente Lösungen zu prüfen. Die deutsche Delegation bat ferner darum, geplante Einrichtungen von Centres and Networks of Excellence (CENEX) im Jahresprogramm explizit auszuweisen (bisher nur für den Bereich Aus- und Fortbildung vorgesehen). Sie wies mit Nachdruck darauf hin, dass auch im europäischen Statistiksistem alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, um durch Arbeitsteilung Effizienzverbesserung zu erzielen.

Eurostat wird unabhängig vom Jahresprogramm 2006 die Notwendigkeit einer Modernisierung des Europäischen Statistikgesetzes (Verordnung EG Nr. 322/97) prüfen, so wie dem ASP in seiner Sitzung im November 2004 zugesagt. Die Beratungen zu den einzelnen Themen wurden im Juni 2005 in der Eurostat-Arbeitsgruppe „ESS Programmplanung und Koordinierung“ fortgesetzt. Das endgültige Jahresprogramm 2006 wird der ASP im November 2005 verabschiedet.

Der ASP stimmte dem von Eurostat vorgelegten Zeitplan zur Implementierung der revidierten Wirtschaftsklassifikation NACE und der revidierten Produktklassifikation CPA bis zum Jahr 2007 zu. Dieser Zeitplan ist aus deutscher Sicht zwingend einzuhalten, um genügend Zeit für die nationalen Umstellungsmaßnahmen zu haben. Die Arbeiten werden in der zuständigen Arbeitsgruppe im Detail beraten und weiterverfolgt. Der ASP wird im November 2005 über den Fortschritt der Arbeiten informiert.

Zahlreiche Mitglieder des ASP – darunter Deutschland – sprachen sich gegen den von Eurostat vorgelegten Verordnungsentwurf für ein neues Lieferprogramm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus. Er ist auch mit vermehrten Datenanforderungen verbunden, die erhebliche zusätzliche Belastungen für die Statistik der Mitgliedstaaten mit sich bringen. Die deutsche Delegation wies darauf hin, dass mehr als 200 Seiten Ausnahmeregelungen für die 25 Mitgliedstaaten belegen, dass die Datenanforderungen des verbindlichen Lieferprogramms zugunsten einer geringeren Zahl an nationalen Ausnahmen und einer höheren Qualität der Daten reduziert werden müssten. Blicke es bei dem Verordnungsentwurf, so müsse die Kommission alle von Deutschland gewünschten Ausnahmeregelungen akzeptieren. Offiziell werden die Anträge der Mitgliedstaaten auf Gewährung von Ausnahmeregelungen erst im Rahmen der Verhandlungen auf Ratsebene eingereicht.

Trotz der heftigen Kritik vieler ASP-Mitglieder wird Eurostat den Verordnungsentwurf im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens an das Europäische Parlament und den Rat weiterleiten.

Deutschland unterstützte grundsätzlich das Ziel des Verordnungsentwurfs des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 58/97 des Rates über die strukturelle Unterneh-

mensstatistik, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen der Strukturstatistik für den Industriebereich und für den Dienstleistungsbereich zu erreichen. Den Verordnungsentwurf in seiner jetzigen Form lehnte Deutschland aber ab, weil die im Entwurf vorgeschlagenen Vereinfachungen und Entlastungen in keinem Verhältnis zu den Mehrbelastungen stehen, die durch die vorgesehenen Ausweitungen der Erhebung im Dienstleistungsbereich auf die Auskunftgebenden und die statistischen Ämter zukommen. Auch mehrere Delegierte anderer Staaten sprachen sich gegen einzelne Elemente der Verordnung aus – vor allem gegen die Einführung des geplanten Ad-hoc-Moduls. Aus deutscher Sicht muss der Einsatz eines Moduls bereits in der Grundverordnung genau geregelt sein. Eurostat wird trotz dieser kritischen Stellungnahmen den Gesetzgebungsprozess vorantreiben und den Entwurf an Rat und Parlament weiterleiten.

Die Mehrheit des ASP sprach sich für den vorgelegten Verordnungsentwurf zur Produktion und Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen aus. Die deutsche Delegation lehnte den Entwurf in der gegenwärtigen Form ab, da noch zwei wichtige Punkte kritisch sind: die vorgesehene generelle Lieferung von Individualdaten und mögliche Erhebungen zur Leistungsmessung, die aus deutscher Sicht aus der Verordnung ausgeschlossen werden sollten.

Eurostat wird noch offene Fragen bilateral mit den betroffenen Mitgliedstaaten beraten und anschließend den Entwurf an Rat und Parlament weiterleiten.

Der ASP begrüßte den Vorschlag der Europäischen Kommission, derzeit und in absehbarer Zukunft keine weitere Ebene der europäischen „Systematik der Gebietseinheiten in der Statistik“ (NUTS) einzuführen. Auch Deutschland sieht derzeit keinen Bedarf, Ebenen unterhalb der NUTS 3 (= Kreisebene) zu definieren und sprach sich im ASP dafür aus, die Arbeiten an der Harmonisierung tieferer NUTS-Ebenen einzustellen.

Der ASP wurde darüber informiert, dass die Kommission eine Mitteilung verabschiedet hat, in der das weitere Vorgehen zur Umsetzung des „Code of Practice“ (Ausrichtung des Europäischen Statistischen Systems) geregelt wird. Diese Mitteilung ist in weiten Teilen identisch mit dem vorgelegten ASP-Dokument.

Die deutsche Delegation stimmte einem Großteil der Vorschläge zu. Sie lehnte aber die Einrichtung eines von der Kommission geplanten neuen externen High-Level-Gremiums ab und präferierte stattdessen, den CEIES (Nutzergremium des Europäischen Statistischen Systems) zu modernisieren und zu involvieren. Das Monitoring der Einhaltung des Code solle möglichst wenig aufwändig gestaltet werden. Das vorgeschlagene stufenweise Vorgehen, vor allem die nur in mehrjährigen Abständen zu erstellenden Berichte an Rat und Parlament, seien daher zu begrüßen. In den noch zu erstellenden Rechtsvorschriften müsse ausdrücklich klargestellt werden, dass es im Code of Practice um die methodisch-wissenschaftliche Unabhängigkeit der Statistik und die politisch unbeeinflusste Ermittlung und Veröffentlichung statistischer Ergebnisse gehe, nicht aber um eine organisatorische Unabhängigkeit der statistischen Ämter oder eine Herauslösung aus der Verwaltungsstruktur. In solchen institutionellen Fragen seien die organisatorischen und verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten zu respektieren.

## Konferenz Europäischer Statistiker (CES)

Vom 13. bis 15. Juni 2005 fand die jährliche Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Genf statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der UN für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Sie berät in ihren jährlichen Sitzungen u. a. über das Statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminar-Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten gewählt werden.

Das erste Seminar zur „Besseren Datenübermittlung“ (Improved Data reporting) wurde von den USA in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern von Finnland, Kanada, Großbritannien und Schweden organisiert. Die Vortragenden beleuchteten die Möglichkeiten der Nutzung des Internets und der elektronischen Berichterstattung (EDR) bei Unternehmens- und Haushaltsbefragungen (einschließlich Zensen). Die Statistischen Ämter von Kanada, Aust-

ralien und Neuseeland berichteten über Pläne, das Internet im Rahmen ihrer für das Jahr 2006 geplanten Bevölkerungszensen zu nutzen (kann von den Befragten jeweils alternativ zur postalischer Zusendung der Fragebögen verwendet werden). Deutschland trug zu diesem Seminar ein Papier zum Thema „eSTATISTIK.core: elektronische Berichterstattung aus dem betrieblichen Rechnungswesen“ bei, das auf großes Interesse stieß.

Das zweite Seminar war dem Thema „Nachhaltige Entwicklung“ gewidmet. Die Vorbereitung hatte Schweden in Zusammenarbeit mit Kanada, Russland und Australien übernommen. Die Vortragenden untersuchten die Rolle der Statistischen Ämter bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren, die politischen Rahmenbedingungen sowie verschiedene Fallstudien und gaben einen Ausblick auf zukünftige Herausforderungen. Der Vertreter des Statistischen Bundesamtes war Discussant der Session „Fallstudien“. Er fasste verschiedene Länderberichte anschaulich zusammen, was auf großen Anklang bei den Zuhörern stieß.

Die Konferenz war der Ansicht, dass die Statistischen Ämter eine Schlüsselfunktion bei der Nachhaltigkeitsmessung spielen. Zurzeit gebe es aber eine Vielzahl von methodischen Ansätzen, die die Prioritäten der einzelnen Mitgliedstaaten widerspiegeln. Wichtig sei ein gemeinsamer und systematischer Ansatz auf internationaler Ebene. Das CES-Büro wird einen Rahmen für die künftigen Arbeiten entwerfen.

Neben den beiden Seminarthemen befasste sich die CES mit einer Reihe anderer Fachthemen. Einen Schwerpunkt bildete hierbei die Migrationsstatistik. Hierzu legte das U.S. Census Büro einen Erfahrungsbericht vor, den es zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank erarbeitet hat. Die CES hielt eine stärkere Harmonisierung der Definitionen und Methoden für erforderlich. Eine engere Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen in den Mitgliedstaaten und auf internationaler Ebene sei dringend geboten.

Die nächste CES-Sitzung findet voraussichtlich Mitte Juni 2006 in Paris statt. Als Seminarthemen werden die Themen „Bevölkerungszensus“ sowie „Humanressourcen und Fortbildung“ auf der Tagesordnung stehen.

## Tagung des Statistikausschusses (CSTAT) der OECD

Am 15./ 16. Juni 2006 tagte zum zweiten Mal der Statistikausschuss (Committee of Statistics - CSTAT) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Den Vorsitz dieses hochrangigen Gremiums hat Dr. Ivan Fellegi (Statistics Canada).

Die OECD legte ein umfangreiches Programm ihrer für die Jahre 2006 bis 2008 geplanten Tätigkeiten im Bereich Statistik vor. Der Statistikausschuss sprach sich dafür aus, dass die OECD in den kommenden Jahren neben Qualitätsfragen vor allem zwei Kernaufgaben weiterverfolgen sollte:

1. Brückenfunktion der OECD zwischen Europäischer Union, Nordamerika, Asien und der Pazifischen Region,
2. Entwicklung neuer statistischer Bereiche, wie empirische Darstellung von New Economy und Informationsgesellschaft.

Die übrigen von der OECD vorgeschlagenen Bereiche (u. a. internationale Erhebungen der OECD, zusammengesetzte Indikatoren (composite indicators), Verbesserung des Zugangs zu Mikrodaten für die internationale Forschung) sollten nach Ansicht des CSTAT von der OECD nicht oder nur langfristig weiterverfolgt werden. Insgesamt solle die OECD Doppelarbeiten mit der EU vermeiden.

Der CSTAT sprach sich dafür aus, künftig Nicht-OECD-Mitglieder stärker an den Arbeiten der CSTAT zu beteiligen. Auf Antrag können diese Staaten – u. a. die 6 EU-Staaten, die bislang nicht Mitglied der OECD sind – künftig Beobachter oder volle Teilnehmer des CSTAT werden.

Die OECD berichtete über das Forum zum Thema „Schlüsselindikatoren“, das die OECD 2004 in Palermo durchgeführt hat und über die Pläne für ein Nachfolgeseminar im Jahr 2007. Die Türkei erklärte sich bereit, als Gastgeber zu fungieren, falls entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stünden.

Die OECD legte ferner einen Sachstandsbericht ihrer Arbeiten zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsmessung vor. Vor allem basierend auf dem so genannten „Atkinson-Report“, den Sir Tony Atkinson für das Vereinigte Königreich erstellt hat, schlägt die OECD u. a. eine stärker outputorientierte Messung

der Produktivität bei Nichtmarktproduzenten vor (Schwerpunkt Gesundheit, Bildung). Im Rahmen des Meinungsaustausches innerhalb der CSTAT konnte kein abschließendes Ergebnis erzielt werden. Aus Sicht des CSTAT müssen Doppelarbeiten mit der auf europäischer Ebene aufgebauten Datenbank mit Produktivitätsindikatoren EU-KLEMS vermieden werden (Federführung für Deutschland hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung). Die Thematik „Produktivitätsmessung“ soll im Oktober 2005 in einem OECD-Workshop in Madrid vertieft werden.

Der CSTAT – auch Deutschland - begrüßte ausdrücklich die methodischen Arbeiten der OECD bei der Entwicklung von Statistiken über moderne, gesellschaftlich relevante Themen wie Informations- und Wissensgesellschaft, Globalisierung und New Economy. Selbst wenn heute noch nicht hinreichend klar ist, wie die verschiedenen Module sinnvoll zusammengefügt werden können, müssen die konzeptionellen Arbeiten fortgeführt werden, um diesen für die Zukunft der Statistik essentiellen Bereich zu erschließen. Die bereits entwickelten Handbücher (u. a. Frascati-Handbuch im Bereich Forschung und Entwicklung und Oslo-Handbuch im Bereich Innovationsstatistik) werden in den Mitgliedstaaten angewendet und in regelmäßigen Zeitabständen aktualisiert. Die OECD bereitet zurzeit ein Handbuch über Indikatoren zur Globalisierung vor und wird im Herbst einen Bericht vorlegen.

Abschließend legte die OECD einen Sachstandsbericht vor, um die Mitgliedstaaten auf Datenlücken oder Verzögerungen in den Datenlieferungen hinzuweisen. Die OECD bat die Mitgliedstaaten, noch stärker auf ihre Datenlieferungen (inkl. Metadaten) zu achten. Die Datenlage für Deutschland ist vergleichsweise gut.

Die nächste CSTAT-Sitzung findet im Juni 2006 in Paris statt. Auf der Tagesordnung wird u. a. die politische Bedeutung des Systems of National Accounts stehen.

## Informationsveranstaltung für deutsche Europaparlamentarier

Am 14. Juni 2005 hat das Statistische Bundesamt in Brüssel für die deutschen Abgeordneten im Europäi-

schen Parlament und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen eine Informationsveranstaltung zur deutschen und europäischen Statistik durchgeführt. Das Europäische Parlament ist ein wichtiger Nutzer der Statistik und wirkt als Gesetzgeber zugleich an der statistischen Programmgestaltung auf europäischer Ebene mit.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes erläuterte zunächst amtspolitisch wichtige Themen, wie zum Beispiel die europäische Governance-Strategie für Finanzstatistiken, die Entwicklung von Mindeststandards für die Statistikämter auf Grundlage eines Verhaltenskodex, die Notwendigkeit zur Prioritätensetzung vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen, die aktuellen Konjunkturstatistiken für die Europäische Union (EU) und die Eurozone, die Einführung von EU-SILC (Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen), die Zusammenarbeit in der erweiterten EU (Centres and Networks of Excellence) und eine bessere Regelung für die Nutzung statistischer Daten durch die internationale Wissenschaft.

Vorträge des Leiters des Referates Information und Verbreitung im Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) über die Verbreitungsstrategien und die Informationsangebote von Eurostat und der Leiterin des i-Punktes Berlin des Statistischen Bundesamtes/EDS Europäischer Datenservice, rundeten das Programm ab. Letztere wies insbesondere auf die auch für die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament und deren Mitarbeiter/-innen bestehende Möglichkeit hin, bei Fragen zur deutschen und europäischen Statistik das Servicebüro für Statistik im Deutschen Bundestag zu kontaktieren.

Die Teilnehmenden interessierten sich in der Diskussion insbesondere für die internationale Vergleichbarkeit von Statistiken, die Bewertung von statistischen Daten, die Verfügbarkeit von Metadaten und die Möglichkeiten zur Entlastung von Unternehmen.

## **Strategie- und Programmplan des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2005 und 2006**

Die amtliche Statistik in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Wenn sie die von der Europäischen Union und vom deutschen Gesetzgeber in letzter Zeit zusätzlich vorgeschriebenen und mittelfristig absehbaren statistischen Aufgaben bei gleichzeitig sinkenden finanziellen und personellen Ressourcen in brauchbarer Qualität bewältigen will, braucht es effizientere Arbeitsorganisationen und vor allem Prioritätensetzungen. Beides geht nur mit einer klaren strategischen Ausrichtung.

Aus diesem Grund hat sich das Statistische Bundesamt im vergangenen Jahr mit dem strategischen Programm „fit 2008“ einige wenige wichtige Ziele gesetzt, die es bis zum Jahr 2008 erreichen will. Die strategischen Ziele aus „fit 2008“ bilden die Grundlage für eine vom Statistischen Bundesamt im Jahr 2004 erstmals systematisch durchgeführte mehrjährige Programm- und Ressourcenplanung. Unter Berücksichtigung der dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung stehenden Ressourcen werden solche Maßnahmen priorisiert, die den vergleichsweise größten Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele liefern. Das Prinzip ist einfach: Die knappen Ressourcen sollen da eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen stiften.

Der jetzt vorgelegte erste Strategie- und Programmplan enthält neben der Strategie „fit 2008“ das Arbeitsprogramm des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2005 und 2006. Dieses Arbeitsprogramm ist auch die Basis für die Verhandlungen über den Haushalt des Statistischen Bundesamtes für die entsprechenden Jahre.

Der Strategie- und Programmplan soll zugleich einen Überblick über die laufenden Arbeiten und die geplanten Entwicklungen im Statistischen Bundesamt für die Jahre 2005 und 2006 geben. Dabei sind nicht nur die von außen sichtbaren Leistungen der Statistikproduktion und -verbreitung, sondern auch die internen Leistungen, wie Verwaltung und Informationstechnik, dargestellt. Der Strategie- und Programmplan sowie weitere Informationen hierzu sind erhältlich per E-Mail bei: [gruppe-ia@destatis.de](mailto:gruppe-ia@destatis.de).

## Mitarbeiterpreis 2005 vergeben

Die Auslobung eines jährlichen Mitarbeiterpreises ist eine Maßnahme im Rahmen der Qualitätssteigerung der Kunden- und Nutzerbeziehungen des Statistischen Bundesamtes. Insgesamt 14 Vorschläge waren bis zum Jahresende 2004 eingereicht worden. Diese Vorschläge wurden gesichtet, systematisiert und von einer Arbeitsgruppe des Statistischen Beirats, bestehend aus Professor Dr. Gert Wagner (Vorsitzender der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute), Professor Dr. Peter Schulte (Vertreter der Hochschulrektorenkonferenz) und Dr. Hans-Joachim Haß (Bundesverband der Deutschen Industrie), als Jury entsprechend einer Liste der vom Statistischen Bundesamt entwickelten Aspekte für Kundenfreundlichkeit bewertet. Kriterien waren Kundenfreundlichkeit und Innovationskraft. So sollte beispielsweise das Erscheinungsbild des vorgeschlagenen Produkts oder des vorgeschlagenen Services der Imageförderung des Statistischen Bundesamtes dienen. Die Zuverlässigkeit der Information sollte gefördert werden und ein Entgegenkommen hin zum Kunden musste zu erkennen sein. Des Weiteren wurde geprüft, ob das Produkt bzw. der Service ausgereift und seine Anwendung wirtschaftlich ist. Darüber hinaus wurde verglichen, wie stark die Nutzerorientierung zum Ausdruck kommt.

Die unabhängige Jury hat die neue ILO-Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes als besonders innovatives Produkt mit dem Mitarbeiterpreis 2005 für herausragende Produkte oder besonders gute statistische Serviceleistungen ausgezeichnet.

Mit der ILO-Arbeitsmarktstatistik stellt das Statistische Bundesamt seit dem Monatsbericht Januar 2005 eine ergänzende Arbeitsmarktstatistik zur Verfügung, deren Definitionen politisch nicht zu beeinflussen sind, weil sie durch die Internationale Arbeitsorganisation ILO bestimmt werden. Die Informationen und Ergebnisse sind abrufbar unter <http://www.destatis.de/ilo-arbeitsmarkt>.

Der zweite Preis wurde dem Online-Atlas zur Regionalstatistik zuerkannt. Der elektronische Atlas ist über die Internetseite [www.destatis.de/onlineatlas](http://www.destatis.de/onlineatlas) abrufbar und umfasst rund 100 thematische Karten von Landkreisen und kreisfreien Städten mit statistischen Daten dazu, von den Bevölkerungszahlen über

Wahlergebnisse der letzten Jahre bis zu Firmengründungen. Jeder Nutzer kann die Karten, das Thema und den Zeitraum individuell anpassen. Weil er auf einer regelmäßig aktualisierten Datenbank basiert, ist der Online-Atlas stets auf dem neuesten Stand.

Mit dem dritten Platz ausgezeichnet wurden die Serviceleistungen der Verbraucherpreisstatistik für die Berechnung von Zahlungsanpassungen, zum Beispiel bei Erbpachtverträgen. Über die Internetseite [www.destatis.de/wsk](http://www.destatis.de/wsk) ist ein Programm zugänglich, mit dem sich Zahlungsanpassungen berechnen lassen, die sich aus Wertsicherungsklauseln in Verträgen (etwa über Miet- oder Erbpachtzinsen) ergeben. Zusammen mit den Angaben im jeweiligen Vertrag können Nutzer die erforderlichen Zu- oder Abschläge ihrer Zahlungen zu Hause am PC berechnen.

## Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

### Statistische Zeitreihen von 1950 bis 2003

Alle Zeitreihen des Statistischen Informationssystems STATIS-BUND sind auf der STATIS-Archiv-CD gespeichert. STATIS-BUND, die erste Datenbank des Statistischen Bundesamtes, wurde nach 25-jähriger Betriebszeit am 1. Januar 2004 durch GENESIS abgelöst und am 30. Juni 2004 abgeschaltet. Die Zeitreihen decken in einigen Fällen einen Zeitraum von 50 Jahren ab. Die statistischen Nachweisungen enden mit dem Berichtsjahr 2003.

Insgesamt enthält die STATIS-Archiv-CD etwa 1.200.000 Zeitreihen mit über 1290 Megabyte Zahlenmaterial auf drei CD-ROMs. Die Zeitreihen sind als Datenbank organisiert und können mit Hilfe der auf den CDs enthaltenen STATIS-Software recherchiert und zum Beispiel als Excel-Tabellen exportiert werden. Die CDs können ohne Aufpreis in internen Netzwerken betrieben werden.

Die STATIS-Archiv-CD enthält Zeitreihen zu folgenden Sachgebieten:

CD 1: Bevölkerung, Wahlen, Erwerbstätigkeit, Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, Verkehr, Geld und Kredit (keine Daten der Deutschen Bundesbank), Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, Sozialleis-

tungen, Wirtschaftsrechnungen, Löhne und Gehälter, Preise

CD 2: Produzierendes Gewerbe (ohne Produktionserhebung)

CD 3: Unternehmen und Arbeitsstätten, Produktionserhebung, Bautätigkeit und Wohnen, Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus, Außenhandel, Finanzen und Steuern, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die STATIS-Archiv-CD ist zum Preis von 195,- Euro über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes erhältlich (<http://www.destatis.de/shop>).

### **Neues Faltblatt „Deutschland im internationalen Vergleich“ erschienen**

Mit der Veröffentlichung „Deutschland im internationalen Vergleich“ präsentiert das Statistische Bundesamt erstmals ein Faltblatt, das unser Land nicht nur im Rahmen der Europäischen Union darstellt, sondern über die europäischen Grenzen hinaus eine weltweite Betrachtung zulässt.

Deutschland wird anhand statistischer Daten mit einer Reihe von Staaten verglichen, die zur so genannten „Gruppe der Zwanzig“ (G20) gehören. In ihrem Konzept folgt die neue Faltblatt-Ausgabe dem seit vielen Jahren bestehenden Faltblatt „Europäische Union“ und soll dieses ergänzen.

Bei der „Gruppe der Zwanzig“ handelt es sich um einen erweiterten Kreis der bekannteren G7- bzw. G8-Staaten (die sieben führenden Wirtschaftsnationen der westlichen Welt zuzüglich der Russischen Föderation). 1999 als ein informelles Dialogforum der Finanzminister und Notenbankgouverneure aus Industrie- und Schwellenländern geschaffen, werden auf den jährlichen Treffen der „Gruppe der Zwanzig“ bedeutsame Fragen der Stabilität des internationalen Finanz- und Währungssystems erörtert.

G20-Mitgliedsländer sind neben den G8-Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Russische Föderation) noch Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, die Republik Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, die Republik Südafrika, die Türkei und die Europäische Union (vertreten durch

die jeweilige EU-Präsidenschaft und die Europäische Zentralbank).

Zusammengenommen repräsentieren die G20-Staaten etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung sowie über 90% der Weltwirtschaftsleistung und den Hauptanteil des globalen Warenhandels.

Im neuen Faltblatt werden alle wichtigen und aktuellen Strukturdaten für die „Gruppe der Zwanzig“ aufgezeigt, mit besonderer Hervorhebung Deutschlands. Verschiedene Farbdigramme und eine Weltkarte runden das Bild ab.

Die elektronische Ausgabe ist im PDF-Format von den Internetseiten [www.destatis.de](http://www.destatis.de) unter dem Menüpunkt „Internationales – Publikationen“ abrufbar.

### **Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung**

#### **Gesetz zur Änderung des Statistikregistergesetzes und sonstiger Statistikgesetze**

Das Gesetz zur Änderung des Statistikregistergesetzes und sonstiger Statistikgesetze vom 9. Juni 2005 (BGBl. I S. 1534) ist am 14. Juni 2005 in Kraft getreten:

Die Änderung des Statistikregistergesetzes umfasst die Anpassung an die neue Handwerksordnung (§ 5 StatRegG) und den neuen § 13a BStatG (§ 8 Abs. 2 StatRegG) sowie die Regelung der Übermittlung von Angaben an kommunale Stellen (§ 9 StatRegG).

Die Änderung des Bundesstatistikgesetzes umfasst die rechtliche Klarstellung der Zulässigkeit der Zusammenarbeit der statistischen Ämter (§ 3a, § 16 Abs. 2 BStatG), die neue Zusammensetzung des Statistischen Beirats (§ 4 Abs. 3 BStatG), die Erhöhung des Stichprobenumfangs für freiwillige Erhebungen (§ 7 Abs. 4 BStatG), die Anpassung an die neue Handwerksordnung (§ 13 Abs. 2 BStatG) und die Vereinfachung der Zusammenführung von Daten (§ 13a BStatG).

Durch die Änderung des Handwerkstatistikgesetzes können für das zulassungsfreie Handwerk, das auf Grund der geänderten Handwerksordnung nicht mehr in die vierteljährliche Erhebung einbezogen ist,

Angaben, die nach dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz vorliegen, ausgewertet werden.

Die Änderung des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes umfasst die Anpassung an den neuen § 13a BStatG (Zusammenführung von Daten) und an die neue Handwerksordnung (Einbeziehung des zulassungsfreien Handwerks in die Untersuchungen).

### **Eurostat-Arbeitsgruppensitzung „Verbreitung statistischer Informationen“**

Am 21. und 22. April 2005 fand in Luxemburg die halbjährliche Sitzung der Arbeitsgruppe „Verbreitung statistischer Informationen“ statt, an der neben Eurostat Vertreter aus den statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten teilnahmen. Schwerpunktthemen dieser Sitzung waren die Weiterentwicklung der Eurostat Webseite, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Eurostat und den Nationalen Statistischen Ämtern (NSÄ) sowie eine Bilanz der neuen kostenfreien Verbreitungspolitik Eurostats.

Eurostat berichtete über Pläne zur Verbesserung der eigenen Webseite. Zu den geplanten Maßnahmen zählen insbesondere eine höhere Nutzerfreundlichkeit, eine verbesserte Aktualität der Informationen, eine stärkere Verwendung geographischer und interaktiver Präsentationsformen sowie eine verbesserte und einheitliche Nutzeroberfläche bei den Eurostat Online Datenbanken. Die von Eurostat präsentierten Vorschläge stießen bei den EU-Mitgliedstaaten auf breite Zustimmung. Seitens der Delegierten wurde vor allem die Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit bei den Eurostat Datenbanken als wichtiges Ziel betont.

Hinsichtlich der stärkeren Zusammenarbeit im Europäischen Statistischen System, sind derzeit vor allem vier Kooperationsprojekte geplant: 1. Der Austausch von Daten soll verstärkt werden, um eine bessere Präsenz von aktuellen europäischen Daten auf den Webseiten der nationalen statistischen Ämter (NSÄ) zu gewährleisten. 2. Eurostat hat ein neues Stichwortregister entwickelt, das als Grundlage für die Suchfunktion auf der Webseite fungieren soll. Eurostat strebt ein EU-weit einheitliches Stichwortsystem an, um Nutzern die Suche nach Daten zu erleichtern. 3. Aktuelle Meldungen aus dem Europäischen Statistischen System sollen durch eine stärker-

re technische Kooperation sowohl auf den Webseiten der NSÄ als auch auf der Eurostat Webseite zeitgleich veröffentlicht werden. 4. Es wurde erörtert, inwieweit man einen umfassenden Veröffentlichungskalender für das gesamte Europäische Statistische System entwickeln kann. Bei allen vier Projekten besteht derzeit jedoch noch weiterer Diskussionsbedarf.

Zum Abschluss der Sitzung wurde eine Bilanz der neuen kostenfreien Verbreitungspolitik Eurostats gezogen. Seit dem 1. Oktober 2004 sind nahezu alle Daten und PDF-Publikationen Eurostats kostenlos im Netz verfügbar. Insgesamt 18 Beratungsstellen in den EU-Mitgliedstaaten unterstützen seither Nutzer bei ihrer Datensuche. Nach den ersten sechs Monaten der neuen Verbreitungsstrategie ist die Resonanz weitgehend positiv. Verschiedene Vertreter der NSÄ-Beratungsstellen bestätigten, dass die Nutzer äußerst positiv auf die neuen kostenfreien Online Angebote Eurostats reagieren. Die Nutzerberatung in Deutschland wird vom EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes wahrgenommen.

Nähere Informationen zum kostenfreien Datenangebot Eurostats finden Sie auf der Webseite des EDS Europäischer Datenservice unter [www.eds-destatis.de](http://www.eds-destatis.de).

### **Sitzung der „Arbeitsgruppe Indikatoren für die Informationsgesellschaft“ bei der OECD**

Am 27. und 28. April 2005 fand bei der OECD in Paris die 19. Sitzung der „Arbeitsgruppe Indikatoren für die Informationsgesellschaft“ (WPIIS) statt. Im Mittelpunkt stand die Weiterentwicklung der Erhebungen über IKT bei Unternehmen sowie bei Haushalten. Diskutiert wurden mögliche Schwerpunkte künftiger Arbeiten. Für den Unternehmensbereich gehören dazu vor allem die Erfassung von elektronischen Geschäftsprozessen (eBusiness) sowie der Kenntnisstand von Mitarbeitern bezüglich der Nutzung moderner IKT (eSkills). Kurze Präsentationen über ausgewählte Projekte in den verschiedenen Mitgliedstaaten der OECD sowie auf inter- und supranationaler Ebene wie von Eurostat gaben einen guten Überblick über neuere Ansätze wie z.B. einen zusammengesetzten Index zur Messung von IKT-Ausstattung und Einsatz in Wirtschaft und Gesell-

schaft (eBusiness-Readiness-Indicator). Berichtet wurde auch über die statistische Erfassung von IKT im Finanz- und Versicherungsbereich (ein Pilotprojekt bei Eurostat im Jahr 2004, an dem auch das Statistische Bundesamt teilgenommen hat). Fragen zur Nutzung elektronischer Dienstleistungen durch Private und Unternehmen soll ein weiterer Schwerpunkt sein, ähnlich wie dies vom Statistischen Bundesamt für Privatpersonen in der IKT-Haushalterhebung 2004 vorgenommen wurde.

Ein weiteres Ziel der OECD ist die weltweite Harmonisierung von IKT-Erhebungen. So wurden eine revidierte Fassung des OECD- Fragebogens bezüglich IKT in Unternehmen sowie IKT bei Haushalten bzw. Einzelpersonen vorgelegt. Diese Arbeiten sollen eng mit den Arbeiten Eurostats abgestimmt werden, damit für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union keine zusätzlichen Belastungen entstehen. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Arbeiten der OECD zur Vorbereitung des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (World Summit on Information Society – WSIS) im November 2005 in Tunis berichtet. Neben einem Aktionsprogramm sollen auch verschiedene Maßnahmen zur (besseren) statistischen Erfassung des Standes und der Weiterentwicklungen von IKT besonders in Entwicklungsländern im Rahmen der amtlichen Statistik verabschiedet werden. Die Arbeiten konzentrierten sich zurzeit auf Empfehlungen für statistische Basisindikatoren (core indicators) sowie für die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen (insbesondere die Bereitstellung finanzieller Mittel und qualifiziertem Personal). Ein entsprechendes Handbuch wird von der OECD in enger Zusammenarbeit mit Eurostat erarbeitet.

### **Internationale UNECE Konferenz über Datenprüfungsmethoden**

Vom 16. – 18. Mai 2005 nahmen zwei Vertreter des Statistischen Bundesamtes an der internationalen Konferenz der UNECE über Plausibilisierungsmethoden in Ottawa, Kanada teil. Sie diente dem internationalen Austausch und der Diskussion von Entwicklungen und Ergebnissen auf diesem Gebiet. An dem Treffen nahmen u.a. Expertinnen und Experten der führenden statistischen Ämter teil (insb. Kanada,

USA, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland).

Ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes hatte gemeinsam mit einer italienischen Statistikerin die Diskussionsleitung bei dem Tagesordnungspunkt „Implementierung von PL-Strategien und Verbindung zu anderen Erhebungsprozessen“. Ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes berichtete über die positiven Erfahrungen bei der Einführung des PL-Fachkonzepts im Statistischen Bundesamt. Weiterhin wurde deutlich, dass viele der vertretenen Ämter ihre Erhebungsprozesse und Methoden standardisieren. Mit der Verbindung von Erhebungsprozessen durch (Meta-)Daten über standardisierte Schnittstellen (Dat/ML-Formate) verfügt das Statistische Bundesamt über eine der international leistungsfähigsten und flexibelsten Ansätze.

Bei dem Tagesordnungspunkt „Electronic Data Reporting“ berichteten viele Teilnehmer über die enormen Anstrengungen ihrer statistischen Ämter hinsichtlich der Bereitstellung von Internetfragebogen. Die Diskussion zeigte, dass keines der vertretenen Ämter eine unmittelbare Übernahme von Daten aus dem Berichtswesen der Unternehmen unterstützt. Die deutsche amtliche Statistik nimmt in dieser Frage mit dem DV-System „.CORE“ eine Vorreiterrolle ein.

Die Konferenz nahm das Angebot des Statistischen Bundesamtes zur Ausrichtung der nächsten Tagung dankend an. Die nächste Arbeitskonferenz wird im Oktober 2006 in Bonn stattfinden.

### **55. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts**

Der 55. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) vom 5. bis 12. April 2005 in Sydney war die Nachfolgekongferenz des im August 2003 in Berlin veranstalteten Kongresses. Das ISI als größte internationale Vereinigung von Statistikern und seine fünf Fachsektionen will mit diesen in zweijährigem Turnus stattfindenden Weltkongressen ein Forum für einen kontinuierlichen wissenschaftlich/fachlichen Informationsaustausch im Bereich der Statistik bieten, der die gesamte Bandbreite statistischer Themenbereiche abdeckt. Entsprechend umfangreich war auch beim 55. ISI-Weltkongress das

Angebot an wissenschaftlichen Beiträgen. Mit mehr als 1000 wissenschaftlichen Beiträgen, gruppiert zu etwa 200 Fachsitzungen, wurde in Sydney bei einer Teilnehmerzahl von rund 2000 Personen (einschl. Begleitpersonen) die Größenordnung des Vorgängerkongresses in Berlin (2350 Teilnehmende) nicht ganz erreicht. Neben dem Vereinigten Königreich war Deutschland mit knapp 60 Vertretern der amtlichen Statistik, der Wissenschaft und Forschung sowie anderer mit Statistik befasster Institutionen das europäische Land mit der höchsten Teilnehmerzahl.

Die Beiträge und Präsentationen der sechs Teilnehmer des Statistischen Bundesamtes stießen auf großes Interesse. Sie konzentrierten sich auf Themen aus der amtlichen Statistik und reichten von der Bildung statistischer Indikatoren über Fragen der statistischen Geheimhaltung, der Belastung von Unternehmen durch statistische Erhebungen bis zu Fragen der Verbesserung der Qualität statistischer Daten. Die Diskussionen über Selbstbewertungsprogramme für die Abschätzung der Datenqualität führten zu dem Vorschlag, für dieses Thema eine eigene Veranstaltung auf dem nächsten ISI-Kongress vorzusehen.

Die Mitglieder der Delegation des Statistischen Bundesamtes besuchten darüber hinaus eine Vielzahl von Fachsitzungen, wobei die Aufteilung der Themenbereiche an ihren Arbeitsbereichen ausgerichtet war. Sie nutzten die Veranstaltung auch zum fachlichen Informationsaustausch mit Kollegen am Rande des Tagungsprogramms und zur Erörterung und Weiterentwicklung bestehender oder zur Initiierung neuer Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit. Alle Fachbeiträge des Kongresses werden vom Veranstalter unter <http://www.tourhosts.com.au/isi2005/> im Internet oder über die Website des ISI ([www.cbs.nl/isi](http://www.cbs.nl/isi)) veröffentlicht.

Die Generalversammlung des ISI stimmte der Gründung von zwei neuen Sektionen, der „International Environmetrics Society (TIES)“ und der „International Society for Business and Industrial Statistics (ISBIS)“, zu. Diese Entscheidung steht in engem Zusammenhang mit dem Strategieplan des ISI für die Jahre 2006 bis 2009, mit dem das Institut die strukturellen Voraussetzungen für eine verbesserte Aufgabenerfüllung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit schaffen möchte. Von der Regierung

Portugals wurde die offizielle Einladung zum 56. ISI-Weltkongress 2007 in Lissabon ausgesprochen. Austragungsorte der Folgekongresse werden Durban, Südafrika (2009) und voraussichtlich Dublin, Irland (2011) sein.

### **Wissenschaftliche Tagung „Datenfusion und Datenintegration“**

Das Statistische Bundesamt veranstaltet seit 1995 gemeinsam mit dem ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. und der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V. (ASI) im zweijährigen Turnus gemeinsame wissenschaftliche Tagungen. Die diesjährige sechste gemeinsame Tagung am 30. Juni und 1. Juli 2005 war dem Thema Datenfusion und Datenintegration gewidmet und wurde von Hartmut Scheffler, dem Vorstandsvorsitzenden des ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. moderiert. Nach der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes führte Herr Scheffler in seinem Auftaktreferat in die Thematik ein.

Einen ersten Themen-Block bildeten zwei Referate zu den Techniken von Datenfusion und Datenintegration. Frau PD Dr. Susanne Rässler vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg gab einen Überblick über Techniken und Einsatzgebiete von Datenintegration und Datenfusion. Einen speziellen Fokus auf die Techniken der Datenfusion richtete anschließend Michael Wiedenbeck vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim.

Ein zweiter Themenblock war der Datenfusion im Bereich der Erforschung der Mediennutzung gewidmet. Uwe Czaia von der CZAIA Marktforschung GmbH in Bremen stellte die Anwendung der Datenfusion in der Mediaanalyse vor. Haluk Akinci, Dr. Jörg Hagenah und Prof. Dr. Heiner Meulemann vom Medienwissenschaftlichen Lehr- und Forschungszentrum der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln informierten im Anschluss über ihre Datensynopse und Datenfusion zur Mediennutzung in Deutschland seit 1972.

Der Leiter des Referates Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählungen im Statistisches Bundesamt in Wiesbaden, Regierungsdirektor Siedt, erläuterte den Einfluss von Dubletten auf die Qualität der Melderegister an Hand der Ergebnisse des Zensus-tests. Den Abschluss des ersten Tages bildete der Vortrag „Data Matching: Integration von Umfrageergebnissen und Unternehmensdaten“ von Dr. Stefan Tuschl von der TNS Infratest GmbH in München.

Zum Beginn des zweiten Tages standen Fragen zur Integration mikrogeographischer und regionaler Informationen auf der Tagesordnung. Dr. Raimund Wildner von der GfK AG in Nürnberg informierte über die Integration von Umfragedaten und mikrogeographischen Informationen. PD Dr. Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim referierte über den Ersatz von Umfragedaten durch Regionalinformationen.

Der Themenkomplex zu den Anwendungen von Datenfusion und Datenintegration wurde abgeschlossen durch den Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Krause vom Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) in Bonn über die nutzerseitige Integration sozialwissenschaftlicher Text- und Dateninformationen aus verteilten Quellen.

Zum Abschluss der wissenschaftlichen Tagung ging Erich Wiegand vom ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. auf die Fragen des Datenschutzes bei Datenfusionen und Datenintegrationen ein und stellte die diesbezüglichen Standesregeln vor.

Der Tagungsband mit allen Referaten dieser wissenschaftlichen Tagung wird voraussichtlich im Herbst 2005 erscheinen; nähere Hinweise zu diesem Tagungsband werden in der Ausgabe 2/2005 der Internetpublikation „Methoden – Verfahren – Entwicklungen“ veröffentlicht. Die Internetpublikation „Methoden – Verfahren – Entwicklungen“ steht als kostenfreier Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser42\\_d.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser42_d.htm) zur Verfügung.

## **Mikrodaten über Unternehmen und Betriebe – neue Datenangebote für die Wissenschaft**

Die Statistischen Ämter von Bund und Ländern haben – gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung – gemeinsam mit der Wissenschaft das Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ durchgeführt. Im Zuge der Projektbearbeitung wurde immer wieder deutlich, wie groß die Nachfrage der Wissenschaft nach anonymisierten Einzeldaten ist.

Aufgabe des Projektes war es, Möglichkeiten der faktischen Anonymisierung von Mikrodaten über Unternehmen und Betriebe zu untersuchen, zu beschreiben und so aufzubereiten, dass die entwickelten Anonymisierungsverfahren künftig auf verschiedene Datensätze angewendet werden können. Damit wurde Grundlagenforschung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der empirischen Wirtschaftsforschung geleistet. Die statistischen Ämter – und möglicherweise auch andere Datenhalter – können nunmehr mit vertretbarem Aufwand der Wissenschaft den bevorzugten Weg der Forschung mit Mikrodaten auch für Unternehmens- und Betriebsdaten eröffnen.

Erste Datenangebote konnten bereits während der Laufzeit des Projektes geschaffen werden. Seit dem Frühjahr 2005 stehen der Forschung faktisch anonymisierte Daten der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe, der Einzelhandelsstatistik und der Umsatzsteuerstatistik zur Verfügung, nachdem Haushalts- und Personendaten bereits seit Anfang der 1990er-Jahre von der Wissenschaft rege genutzt werden.

Auf einem abschließenden Workshop, der am 22. und 23. September 2005 in Wiesbaden stattfinden wird, wird das Projektteam seine Ergebnisse der Öffentlichkeit vorstellen und dabei die Auswirkungen von Anonymisierung auf Vertraulichkeit und Analysepotenzial beleuchten, Empfehlungen zur Anonymisierung von Unternehmensdaten geben sowie erste anonymisierte Unternehmensdaten für die Wissenschaft präsentieren.

## **Erster Qualitätsbericht im Internet veröffentlicht**

Der Qualitätsbericht der „Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikations-

technologien (IKT-Erhebung)“ kann ab sofort unter [http://intranet/download/d/veroe/qualitaetsbericht\\_infoges.pdf](http://intranet/download/d/veroe/qualitaetsbericht_infoges.pdf) aufgerufen werden. Der Bericht enthält Informationen zu Methode, Qualität und Definitionen der Statistik.

Bis Ende 2005 sollen für alle Bundesstatistiken Qualitätsberichte im Internet sowie in den Fachserien verfügbar sein. Die Qualitätsberichte enthalten alle Informationen, die die Nutzer für eine sachgemäße Interpretation und Verwendung der Daten benötigen und die mit vertretbarem Aufwand ermittelt werden können.

Der Bericht der IKT-Erhebung dient als Muster für die Gestaltung der PDF-Dateien. Die Qualitätsberichte werden im Internet in einer eigenständigen Rubrik „Qualitätsberichte“ unter „Publikationen“ eingestellt. Zudem werden die Qualitätsberichte mit den jeweiligen Fachseiten verlinkt. Darüber hinaus werden die Qualitätsberichte in das Metadatenangebot von GENESIS-Online aufgenommen.

## **Mathematisch-statistische Methoden**

### **Arbeitskreis Mathematisch-statistische Methoden**

Die diesjährige Tagung des Arbeitskreises „Fragen der mathematischen Methodik“ fand am 23./24. Juni 2005 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden statt. Auch in diesem Jahr nahmen zahlreiche Vertreter der Wissenschaft an der Tagung teil. Dieses Interesse verdeutlicht insbesondere die Komplexität und Tiefe zahlreicher methodischer Fragestellungen der amtlichen Statistik, deren Bewältigung zum Teil nur im Rahmen gemeinschaftlicher Forschungsvorhaben möglich ist.

Die Tagesordnung umfasste Vorträge zu aktuellen methodischen Problemstellungen in der amtlichen Statistik und Beiträge zu derzeitigen gemeinschaftlichen Forschungsprojekten der amtlichen Statistik und der Wissenschaft. Die Themen waren: Qualität der Register für den Einsatz in der Statistik, Schätzungen beim registergestützten Zensus 2011, das Hochrechnungsverfahren beim unterjährigen Mikrozensus, Längsschnittauswertungen aus dem Mikro-

zensus, maschinelle Statistische Geheimhaltung - Länderübergreifende Statistische Geheimhaltung für Tabellen.

Verwaltungsdaten und Register gewinnen zunehmend an Bedeutung für die amtliche Statistik. Die Qualität der verwendeten Register bestimmt damit entscheidend die Qualität derjenigen Statistiken, welche sich in irgendeiner Form auf Registerinformationen stützen. Der Vortrag gab einen Überblick über mögliche Einsatzformen von Registern für Zwecke der amtlichen Statistik und zeigte insbesondere die Notwendigkeit der Erstellung eines aussagekräftigen Qualitätsberichtes der Register auf, um Qualitätsaussagen der jeweiligen Statistik treffen zu können.

In den Vorträgen zur Schätzung beim registergestützten Zensus 2011 wurde die Notwendigkeit ergänzender Stichproben begründet und auf die Problematik verschiedener konkurrierender Interessen eingegangen. So steht die Optimierung der Stichprobe bzgl. der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl der Gemeinden in Konkurrenz zur effektiven Schätzung weiterer nicht im Register vorhandener Merkmale. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass Stichprobenergebnisse in tiefer regionaler Gliederung durch die Verwendung spezifischer Gewichte für die Schätzungen und durch eine gezielte Korrektur der Einzeldaten im Rahmen der Haushaltegenerierung gewonnen werden können. Anschließend wurden erste Ergebnisse der vergleichenden Untersuchungen verschiedener Designs und Schätztechniken vorgestellt.

Der Beitrag zum Thema des Hochrechnungsverfahrens für den unterjährigen Mikrozensus ab 2005 informierte über Änderungen des Verfahrens im Vergleich zur bis 2004 durchgeführten jährlichen stichtagsbezogenen Befragung. Ziel der unterjährigen Erhebung ist es, zeitraumbezogene Daten wie Quartals- und Jahresdurchschnitte für Analysen zu gewinnen.

Die Vorträge zum Thema Längsschnittauswertung aus dem Mikrozensus behandelten Arbeiten, die im Rahmen des Projekts „Aufbereitung und Bereitstellung des Mikrozensus als Panelstichprobe“ erstellt wurden. Das Projekt wird noch bis Ende 2005 gemeinsam von Mitarbeitern der FU Berlin, dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), dem LDS NRW und dem Statistischen Bundesamt

bearbeitet. Im Rahmen der Tagung des Arbeitskreises wurden Strategien zur Behandlung des speziell in diesem Panel vorkommenden Non-Coverage vorgestellt. Diese Verfahren wurden anhand des sozio-ökonomischen Panels verifiziert. Ergänzend zu diesem Vortrag wurde das bisher ausgearbeitete Hochrechnungsverfahren vorgestellt und auf Unterschiede im Vergleich zur Querschnittsgewichtung eingegangen.

Der Beitrag zur Geheimhaltung in länderübergreifenden Tabellen befasste sich mit organisatorischen und methodischen Aspekten der zur faktischen Anonymisierung notwendigen Sekundärsperren geeigneter gegliederter Landesergebnisse. Die Problematik und erste Vorgehensvorschläge wurden anhand der Umsatzsteuerstatistik diskutiert.

## **Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit**

### **30. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“**

Die 30. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fand vom 21. bis 22. April 2005 in Dresden statt. Als externer Referent nahm Herr Dr. Michael Berlemann, stellvertretender Geschäftsführer des Ifo-Institutes der Niederlassung Dresden, mit einem Vortrag zum Thema „Mythos Basarökonomie“ teil.

Von zentraler Bedeutung waren die Themen zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005. Der Arbeitskreis fasste zahlreiche Beschlüsse zur methodischen Umsetzung der Revision und einigte sich auf die Verwendung von Strukturinformationen aus der Dienstleistungsstatistik. Erste revidierte Länderergebnisse für die Jahre 1991 bis 2005 wird der Arbeitskreis am 17. Februar 2006 herausgeben.

Der Arbeitskreis VGR d L wird in Kürze eine Methodenbeschreibung zu den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für interessierte Kunden im Internet unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de) bereitstellen.

Die 31. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom 13.-14. Oktober 2005 in Magdeburg stattfinden.

### **Informationsveranstaltung zur Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

Am 28. April 2005 wurden die Ergebnisse der großen Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Bundesrepublik Deutschland erstmals veröffentlicht. Solche großen Revisionen, bei denen die Ergebnisse und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Statistischen Bundesamt entsprechend internationaler Konventionen grundlegend überarbeitet werden, finden etwa alle fünf bis zehn Jahre statt (zuletzt 1999).

Um den externen Nutzern den Übergang auf die revidierten Ergebnisse und die neuen Methoden zu erleichtern, fand am 19. Mai 2005 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden eine Informationsveranstaltung zur VGR-Revision 2005 statt. Zielgruppe der Veranstaltung waren diejenigen Nutzer, die die VGR-Daten weiterverarbeiten, um eigene Berechnungen oder Prognosen durchzuführen. Der Einladung nach Wiesbaden waren zahlreiche Gäste gefolgt, darunter Vertreter von Wirtschaftsforschungsinstituten, Ministerien, Banken und Verbänden. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Statistischen Bundesamt waren als Zuhörer und potenzielle Ansprechpartner für Fragen zu speziellen Themengebieten anwesend.

Nach einer kurzen Einführung wurden „Ausgewählte Ergebnisse der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 2005“ präsentiert. Zahlreiche Fragen der anschließenden Diskussion, zum Beispiel zur Neuberechnung und Aufteilung der FISIM (Finanzserviceleistung, indirekte Messung) auf die unterschiedlichen Verwender (Kreditnehmer und Einleger), wurden auch durch die folgenden Vorträge beantwortet.

Drei weitere Vorträge betrafen die zweite wesentliche Änderung der Revision 2005, der Umstellung der Preisbereinigung auf Vorjahrespreise. Der Beitrag „Einführung der Vorjahrespreisbasis in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Kettenindex)“ informierte zunächst über den Hintergrund, die genaue Vorgehensweise sowie die Vor- und Nachteile der neuen Methode, bei der die Deflationierung von VGR-Daten nicht mehr wie bisher in Preisen eines festen Basisjahres erfolgt, sondern stets in Preisen

des jeweiligen Vorjahres mit anschließender Verketzung (sog. chain-linking).

Speziell die vierteljährliche Betrachtung war Thema des Referates „Konsequenzen aus der Umstellung der realen Angaben der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Kettenindizes für die aktuelle Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland“, in dem die theoretischen und praktischen Implikationen der Methodenänderung aus der Sicht eines Nutzers verdeutlicht wurden.

Weitere „Neue Deflationierungsmethoden“ in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, zu denen unter anderem die konsequente Einführung hedonischer Preisindizes sowie die direkte Volumenmessung nach der so genannten Output-Methode im Bildungswesen gehören, bildeten den Abschluss der Vortragsreihe.

Bei der anschließenden regen Diskussion konnten viele Fragen der anwesenden Nutzer geklärt werden. Darüber hinaus gab es einige Anregungen zum Datenangebot der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Nähere Informationen zu den Änderungen der Konzepte, Methoden und Basisdaten sowie deren Auswirkungen auf die revidierten Ergebnisse enthalten der ausführliche Aufsatz zur Revision der VGR 2005 in *Wirtschaft und Statistik* 5/2005, S. 425 ff., sowie die Themenseite VGR-Revision 2005 im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>).

Weitere Auskünfte erteilt per E-Mail: [vgr-bip-auskunft@destatis.de](mailto:vgr-bip-auskunft@destatis.de).

### **OECD-Workshop zu Materialflussrechnungen in Berlin**

Am 23. und 24. Mai 2005 fand in Berlin ein Workshop der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu Materialflussrechnungen statt, bei dem das Statistische Bundesamt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes als Gastgeber fungierte. Die Materialflussrechnungen sind ein Baustein der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, der insbesondere die Materialströme zwischen der Wirtschaft

und der Umwelt darstellt. Der Workshop diente der Vorbereitung zur Einführung eines einheitlichen OECD-weiten Systems von Materialflussrechnungen. Die Daten werden unter anderem für die vom Gipfel der G8-Regierungschefs beschlossene 3R-Initiative (reduce, recycle, reuse) benötigt.

Der Workshop sowie eine unmittelbar anschließende Fortbildungsveranstaltung von Eurostat haben das wachsende Interesse der teilnehmenden Länder an Materialflussrechnungen gezeigt. Die etwa 70 Teilnehmer des Workshops kamen vornehmlich aus Europa und Nordamerika. Das Statistische Bundesamt hatte federführend die Planung und Durchführung des Workshops übernommen und beteiligte sich mit qualifizierten Präsentationen und Diskussionsbeiträgen an seiner inhaltlichen Ausgestaltung. Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter: [http://www.destatis.de/download/d/ugr/workshop\\_berlin\\_oecd.pdf](http://www.destatis.de/download/d/ugr/workshop_berlin_oecd.pdf)

### **15. Internationale Input-Output Konferenz in Peking**

Vom 27. Juni bis 1. Juli 2005 fand an der Renmin Universität in Peking die 15. Internationale Input-Output Konferenz statt. Diese zweijährlichen Konferenzen dienen dem wissenschaftlichen Informationsaustausch auf dem Gebiet der Input-Output Analyse einschließlich Problemen der Datenerstellung, der Modellierung und der Anwendung von Input-Output Techniken, beispielsweise bei der Regionalanalyse, der Analyse der internationalen Verflechtung und bei umweltökonomischen Fragestellungen. Die Konferenz wurde von der internationalen Input-Output Vereinigung unter Beteiligung der chinesischen Input-Output Vereinigung und der Renmin Universität organisiert. An der Konferenz nahmen über 300 Teilnehmer aus der ganzen Welt, darunter eine große Zahl chinesischer Forscher, teil. Die Konferenz richtete sich neben den Forschern an Universitäten auch an die Vertreter der statistischen Ämter, die mit der Erstellung von Input-Output Tabellen betraut sind und für die die Konferenz ein Forum zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch bot.

Es wurden Forschungsarbeiten zu empirischen Fragestellungen, als auch zur Weiterentwicklung von Analyseinstrumenten – wie beispielsweise die De-

kompositionsanalyse oder die Umweltbilanzierung von Produkten – vorgestellt. Ein Schwerpunkt des wissenschaftlichen Programms lag in Untersuchungen zur Verbindung von Input-Output-Analyseinstrumenten und der umweltökonomischen Rechnungen, insbesondere des Systems der integrierten umweltökonomischen Rechnungen der Vereinten Nationen (SEEA 2003). Dabei wurden Analysen zur Verknüpfung von physischen Angaben zur Entnahme und Nutzung von Rohstoffen und zu Emissionen und Abfällen mit den monetären Angaben der Input-Output Tabellen vorgestellt und diskutiert. Ein Forscher aus den Vereinigten Staaten stellte einen Ansatz vor, diese Daten für eine Umweltbilanzierung von Produkten (economic input-output life cycle analysis) zu nutzen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Darstellung der Modellierung von so genannten „Weltmodellen“ und von Untersuchungen auf Basis dieser Modelle. Aus Deutschland referierte Prof. Meyer/ Universität Osnabrück über die Auswirkungen des hohen Wachstums in China auf den Ressourcenverzehr (Rohstoffe, Emissionen). Zur Erstellung von Input-Output Tabellen wurden konzeptionelle Fragen – wie beispielsweise die Verbuchung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung und die Wahl der statistischen Einheiten in symmetrischen Tabellen – sowie Fragen der Berechnungsmethoden erörtert.

### **Aufbau eines Berichtsmoduls „Verkehr und Umwelt“ im Rahmen der UGR**

Mobilität ist ein Schwerpunktthema der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und auf europäischer Ebene. Darüber hinaus strebt die Europäische Union eine Integration von Umweltbelangen in die einzelnen Sektorpolitiken an. Dies gilt auch für den Sektor Verkehr. Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) begegnen diesen Anforderungen mit dem Aufbau eines Berichtsmoduls Verkehr und Umwelt, das durch Integration technischer Verkehrsstatistiken und ökonomischer Daten eine detaillierte Datenbasis im konsistenten Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereitstellen soll. In dem nun vorliegenden Band 14 der Schriftenreihe „Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ werden die Ergebnisse dreier von Eu-

rostat unterstützter Projekte zur Vorbereitung dieses Berichtsmoduls gebündelt und dabei neben physischen und monetären Daten beispielhaft weiterführende Analysen vorgestellt. Es werden Merkmale sowohl der Verkehrsinfrastruktur als auch der laufenden Verkehrsaktivitäten berücksichtigt. Die hier vorgestellte Datenbasis war bereits Grundlage eines Modellierungsprojekts zur Abschätzung der Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen und wurde zusammen mit Ergebnissen dieses Projekts auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes und des Umweltbundesamtes im Herbst 2004 präsentiert. (Der zugehörige Bericht ist kostenlos erhältlich unter <http://www.destatis.de/download/d/ugr/ugr2004.pdf>)

Neben Daten und Analysen erläutert der vorliegende Bericht die angewandte Methodik und konzeptionelle Überlegungen zur weiteren Ausgestaltung des Berichtsmoduls Verkehr und Umwelt vor dem Hintergrund der Datensituation und des Nutzerbedarfs. Der vollständige Bericht kann entgeltlich über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes bezogen werden. Eine Kurzfassung auf älterem Datenstand steht als kostenloser Download unter <http://www.destatis.de/shop> bereit.

### **Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel**

#### **Sitzung der Business Statistics Directors Group (BSDG)**

Im Mittelpunkt der Beratungen der Business Statistics Directors Group (BSDG) in ihrer Sitzung am 6./7. Juni 2005 bei Eurostat in Luxemburg standen Fragen der Weiterentwicklung der Unternehmensstatistiken.

Der für die Einführung der im Rahmen der Operation 2007 neu gestalteten Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev.2 vorgelegte Zeitplan wurde allgemein als sehr ehrgeizig angesehen, dennoch aber von den meisten Mitgliedstaaten unterstützt. Nach diesem Zeitplan sollen die kurzfristigen Indikatoren ab 2009 in der Gliederung der neuen NACE Rev.2 geliefert werden, die Angaben aus den jährlichen Struktur-

hebungen erstmals im Oktober 2009 für das Berichtsjahr 2008.

Im Rahmen der Diskussion über „negative Prioritäten“ sieht Eurostat die Möglichkeit, dass bei der Strukturverordnung künftig auf einige Nachweisungen verzichtet wird, bei der Konjunkturverordnung soll es vorrangig Erleichterungen für die kleineren Mitgliedstaaten (Reduktion des Detaillierungsgrades) geben. Die Mitgliedstaaten forderten Eurostat auf, künftig ausführliche Begründungen für den Datenbedarf und Schätzungen für die den Unternehmen und den statistischen Ämtern entstehenden Kosten vorzulegen.

In diesem Zusammenhang stellte Eurostat verschiedene Modelle zur Ermittlung von Informationen über die Belastung der Unternehmen durch amtliche Statistiken vor. Schwierigkeiten wurden von den Mitgliedstaaten insbesondere in der monetären Bewertung der Belastung gesehen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die Belastungsstudien nicht selbst zur Belastung der Unternehmen werden dürfen.

Das Konzept Eurostats zum Aufbau eines Registers mit multinationalen Unternehmen sieht vor, zunächst private Quellen auszuwerten und die Mitgliedstaaten zu bitten, diese zu prüfen, zu vervollständigen und zu korrigieren. Dabei will sich Eurostat zunächst auf die wichtigsten multinationalen Unternehmen konzentrieren. In einem Pilotprojekt sollen die Modalitäten des Datenaustausches geklärt werden. Die Mitgliedstaaten wiesen auf die noch zahlreichen ungeklärten rechtlichen und konzeptionellen Probleme hin. Eurostat beabsichtigt derzeit nicht, in diesem Zusammenhang eigene Erhebungen durchzuführen.

Weitere Themen waren die Auswirkungen der neuen Rechnungslegungsstandards auf die Unternehmensstatistik, die Arbeiten zur Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur Erfassung der „E-Kommunikation“ (Kommunikation in elektronischen Netzwerken), der Stand der Arbeiten bei den Statistiken in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation sowie die künftige Struktur der Arbeitsgruppen im Bereich der Unternehmensstatistiken.

Der zweite Teil der Sitzung wurde als Seminar durchgeführt, bei dem - gestützt auf Vorträge von Nutzern

und Produzenten der Unternehmensstatistik - über zukünftige Anforderungen und Problemstellungen diskutiert wurde und ein Erfahrungsaustausch über „Best Practices“ stattfand.

### **Experten-Konferenz zu Tourismus Satelliten-Systemen in den Mitgliedsländern der EU**

Am 20. April 2005 fand in Brüssel eine von der Kommission veranstaltete Experten-Konferenz zu Tourismus Satelliten-Systemen (Tourism Satellite Accounts – TSA) in den Mitgliedsländern der EU statt. Die Veranstaltung diente der gemeinsamen Diskussion von methodischen Fragen, die im Zusammenhang mit der praktischen Umsetzung von TSA in den Mitgliedsländern aufgeworfen wurden. Die EU-Kommission hat in den zurückliegenden Jahren die Umsetzung des von der OECD, der Welttourismus Organisation (WTO) und Eurostat gemeinsam entwickelten methodischen Rahmens zur Erstellung von Tourismus Satelliten-Systemen finanziell gefördert. Deutschland hatte sich in der zweiten Runde der Ausschreibung ebenfalls an diesem Projekt beteiligt. Der Auftrag zur Erstellung eines Tourismus Satelliten-Systems für Deutschland war an die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung, Osnabrück gegangen. Das Statistische Bundesamt war beratend in das Projekt einbezogen.

Der Vertreter der EU-Kommission betonte zu Beginn der Konferenz die gewachsene ökonomische Bedeutung des Tourismus in Europa, die insbesondere auch unter beschäftigungspolitischen Zielsetzungen zunehmend thematisiert wird. Es wurde ein Bericht gegeben über die in den Mitgliedsländern durchgeführten Arbeiten auf dem Gebiet der TSA. An den beiden ersten Runden der Projektförderung durch die EU hatten sich 17 Mitgliedsländer beteiligt. Erste Ergebnisse liegen derzeit von 12 Ländern – darunter Deutschland – vor. Der Vertreter der Kommission erklärte, dass nach wie vor die Absicht bestehe, die TSA in die zu überarbeitende Tourismusstatistik-Richtlinie mit aufzunehmen.

Der größere Teil der Konferenz beschäftigte sich mit methodischen Fragen, die bei der Erstellung der TSA in den Mitgliedsländern aufgetreten sind, darunter auch solchen, die sich direkt auf die zu Grunde liegenden touristischen Primärstatistiken beziehen.

Eingehend wurde hier u.a. die Frage einer besseren Operationalisierung des „usual environment-Kriteriums“ als Basiskategorie der statistischen Definition des Tourismus diskutiert. Dieses Kriterium besagt, dass eine Reise nur dann als touristische Reise zu charakterisieren ist, wenn der Reisende seine „gewohnte Umgebung“ verlässt. Für die konkrete Beschreibung dessen, was als Verlassen der gewohnten Umgebung anzusehen ist, gibt es z. Z. aber noch kein einheitliches, international abgestimmtes Konzept.

### **Tagung der OECD Expertengruppe „kurzfristige Konjunkturindikatoren“**

Die diesjährige Tagung der OECD Arbeitsgruppe zum Thema kurzfristige Konjunkturindikatoren fand am 27. und 28. Juni 2005 in Paris statt. Die „Short Term Economic Statistics Expert Group (STESEG)“ wurde 2002 gegründet und trifft sich seitdem jährlich. Seit dem letzten Jahr fungiert die Arbeitsgruppe als Unterarbeitsgruppe des neu gegründeten Statistik Komitees der OECD. Die OECD möchte mit dieser Arbeitsgruppe ein Diskussionsforum für kurzfristige Konjunkturstatistik bieten. Ziel ist es, neben einem allgemeinen Erfahrungsaustausch, für ausgewählte Themen Handbücher sowie allgemeine Empfehlungen zu erarbeiten. Dies soll dazu beitragen, die Transparenz und Harmonisierung von kurzfristigen Indikatoren weltweit zu verbessern.

Bei dem diesjährigen Treffen wurde u.a. die Fertigstellung zweier Handbücher zu den Themen „Produktionsindex für Dienstleistungen“ und „Darstellung von Daten und Metadaten“ abschließend diskutiert. Das Handbuch zum Thema Dienstleistungen beschäftigt sich eingehend mit der Erstellung eines entsprechenden Indikators und soll im nächsten Jahr dem OECD Statistik Komitee vorgelegt werden. Das Handbuch zu Präsentation von Daten soll bis Oktober diesen Jahres in Papierform veröffentlicht und zusätzlich bis Ende 2005 in einer interaktiven Internet Version angeboten werden. Weitere Themen der diesjährigen Veranstaltung waren die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Nutzung von administrativer Daten für Konjunkturstatistiken“ sowie einer von der OECD durchgeführten Analyse über Revisionen im Bereich der vierteljährlichen VGR.

Insgesamt waren auf der Sitzung 26 OECD Mitglieds-länder vertreten, sowie Delegierte von der Europäischen Zentralbank, Eurostat, der Bank für Internationale Zusammenarbeit (BIZ) und der UN-Kommission für Lateinamerika und Karibik anwesend.

### **Strukturdaten über Unternehmen und Betriebe aus dem statistischen Unternehmensregister**

Erstmals werden über das Statistische Portal des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Ämter der Länder ([www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de)) jetzt auch Strukturdaten über Unternehmen und Betriebe aus dem statistischen Unternehmensregister bereitgestellt.

Beim Unternehmensregister handelt es sich um eine Datenbank der wirtschaftlich aktiven Unternehmen und Betriebe aus nahezu allen Wirtschaftszweigen. Es wird regelmäßig aus verschiedenen Datenquellen, vorwiegend Verwaltungsdaten, aktualisiert und enthält Angaben zu Umsatz und Beschäftigten für deutschlandweit rund 3,2 Mill. Unternehmen. Das Unternehmensregister dient in erster Linie der rationalen Durchführung von statistischen Erhebungen. Daneben kann es auch zur Gewinnung und Darstellung wirtschaftlicher Strukturdaten genutzt werden und trägt somit zur Entlastung von statistischen Berichtspflichten, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, bei.

In Anlehnung an die EU-weit verwendete Definition für „kleine und mittlere Unternehmen“ werden Unternehmen mit bis zu 9 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Kleinstunternehmen, Einheiten mit 10 bis 49 Beschäftigten als kleine Unternehmen und solche mit 50 bis 249 Beschäftigten als mittlere Unternehmen bezeichnet.

Mit dieser Einteilung ergeben sich zum Beispiel folgende interessante Ergebnisse:

- Über ein Viertel aller Kleinstunternehmen übt Tätigkeiten im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen aus.
- Mehr als ein Fünftel aller kleinen Unternehmen ist im Handel aktiv.
- Das Verarbeitende Gewerbe ist gekennzeichnet durch die höchsten Anteile an mittleren Unternehmen (31%) und an Großunternehmen (37%).

- Der Anteil der Kleinst- und Kleinunternehmen innerhalb der Wirtschaftsbereiche liegt zwischen 92,5% in der Energie- und Wasserversorgung und 99,5% im Gastgewerbe.

Diese Zahlen bestätigen eindrucksvoll die wichtige Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Für weitergehende Analysen, auch in der regionalen Gliederung nach Bundesländern, bieten sich die Tabellen an, die auf der Homepage des Statistikportals ([www.statistik-portal.de](http://www.statistik-portal.de)) unter dem Themengebiet „Unternehmen und Betriebe“ aufgerufen werden können.

## Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste

### Fachausschuss Verkehrsstatistik

Bei der Tagung des Fachausschusses Verkehrsstatistik am 27. April 2005 berichtete das Statistische Bundesamt einleitend über seine Strategie- und Programmplanung, die – unter dem Titel fit 2008 – die Rolle des Statistischen Bundesamtes als führender Informationsdienstleister sichern soll. Fit 2008 bewertet die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes in Bezug auf ihre Beiträge zur Erfüllung der Hauptziele Außendarstellung, Datenqualität, Entlastung, Effizienz, Zusammenarbeit und Mitarbeiterzufriedenheit. Im Rahmen der einzelnen Tagesordnungspunkte konkretisierte das Statistische Bundesamt diese strategischen Ziele anhand der in den Verkehrstatistiken ergriffenen Maßnahmen.

In den vergangenen Jahren wurden insbesondere große Umstellungen in der Auswertung und Verbreitung der Ergebnisse unternommen. Das Statistische Bundesamt stellte ausführlich die weitgehend kostenfrei verfügbaren Online-Angebote und die Online-Auswertungsmöglichkeiten vor. Zudem wurde das „Verkehrstatistische Informationssystem (VERSIS)“ präsentiert, das derzeit vom Statistischen Bundesamt aufgebaut wird.

Der Fachausschuss informierte sich über die aufgrund der Novellierung des Verkehrsstatistikgesetzes im Jahr 2003 erfolgten Veränderungen in den Statistiken der Luftfahrt, des Schienenverkehrs und

des gewerblichen Straßenpersonenverkehrs. Inhaltlich wurde hier neuer nationaler sowie europäischer Datenbedarf erfüllt sowie die Statistiken des Personenverkehrs mit Bussen und Bahnen neu abgegrenzt. Besonders wichtig ist die mit der Neuregelung verbundene deutliche Entlastung der Auskunftspflichtigen.

Vorgelegt wurden außerdem die im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen durchgeführten Forschungsprojekte „Gefahrguttransporte“ und „Kombinierter Verkehr“, deren Besonderheit darin liegt, dass mit Hilfe tief gegliederter Information der Verkehrsstatistik verkehrszweigübergreifende Ergebnisse ermittelt werden konnten, ohne zusätzlich Unternehmen durch Befragungen zu belasten. Der Fachausschuss diskutierte zudem Weiterentwicklungen der Regional- und Güterklassifikationen im Verkehrsbereich und befasste sich mit den verkehrstatistischen Entwicklungen auf EU-Ebene.

Die Berichte wurden durch entsprechende Informationen des Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen, des Kraftfahrt-Bundesamtes, des Bundesamts für Güterverkehr sowie der Bundesanstalt für Straßenwesen ergänzt.

### In the Spotlight: Prices in Germany

Neu erschienen ist die englischsprachige Ausgabe von „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland“.

Der Blickpunktband „Preise in Deutschland“ ist für Leserinnen und Leser aus allen Bereichen der Gesellschaft geschrieben. Er vermittelt einen umfassenden Überblick über die Preisentwicklung der letzten Jahre in Deutschland und erläutert die Wirkung wichtiger Ereignisse, wie der Euro-Bargeldeinführung oder der Gesundheitsreform, auf den Geldwert. Gleichzeitig vermittelt der Band viele Hintergründe zum Verstehen und Interpretieren der Daten und ist insoweit eine Anleitung zur Verwendung der amtlichen Preisstatistiken.

Sowohl die deutsche als auch die englischsprachige Ausgabe des Blickpunktbandes „Preise in Deutschland“ sind im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) als Printversion sowie als PDF-Datei zu beziehen.

## **Pilotuntersuchungen zum Aufbau von Erzeugerpreisindizes für die Rechtsberatung, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung**

Das Statistische Bundesamt verfolgt in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) das Ziel, ab 2006 vierteljährlich Erzeugerpreisindizes für ausgewählte, mit Priorität 1 versehene Wirtschaftszweige des Dienstleistungssektors, unter anderem für die Rechtsberatung, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, bereitzustellen.

Als allgemeine Rechtsgrundlage für entsprechende Erhebungen dient § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Preisstatistik. Danach werden die Preise und Entgelte für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Werk- und Dienstleistungen erfasst. Diese allgemeine Rechtsgrundlage wird konkretisiert durch den Entwurf für die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken. Zur Vorbereitung einer Bundesstatistik werden seit 2004 im Rahmen von Piloterhebungen Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit hin erprobt. Rechtsgrundlage hierfür ist § 6 Abs. 1 Nr. 2 Bundesstatistikgesetz (BStatG). Für die Erhebungen der Pilotphase besteht nach § 6 Abs. 1 BStatG keine Auskunftspflicht.

Die Preisgestaltung von Notaren, Rechtsanwälten und Steuerberatern wird in Deutschland überwiegend gesetzlich reguliert. Der Notar ist gesetzlich sogar verpflichtet, ausschließlich nach der Gebührenordnung abzurechnen. Ausnahmen sind die Wirtschaftsprüfer, die in den Fällen, die das Tätigkeitsgebiet der Wirtschaftsprüfung betreffen, auf freier Honorarbasis abrechnen (Wirtschaftsprüfer in Funktion als Steuerberater können nach der Steuerberatergebührenverordnung abrechnen). Des Weiteren führen auch Rechtsanwälte in nennenswertem Umfang freie Preisverhandlungen durch. Diese werden im kommenden Jahr verstärkt auftreten, wenn die Gesetzesvorgaben für außergerichtliche Beratung fallen. Von Steuerberatern dagegen wird diese Abrechnungsart weniger häufig genutzt.

Das Untersuchungsdesign zum Aufbau von Erzeugerpreisindizes für diese Wirtschaftssektoren umfasst zwei Stufen: Aufbau des Wägungsschemas und laufende Preisbeobachtung.

Das *Wägungsschema* wurde im März 2004 für jede Zielgruppe mit Hilfe einer direkten schriftlichen Befragung bei den einzelnen Kanzleien ermittelt. Der Befragung liegt eine nach Umsatzgrößenklassen und Wirtschaftszweigen geschichtete Stichprobe zugrunde. Das Wägungsschema nimmt eine Gewichtung der Umsätze gemäß der Tätigkeitsgebiete der Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer vor. In einer tiefer gehenden Gliederung werden zusätzlich die Honorarabrechnungsmodi (freie Preisgestaltung und/oder Gebührenordnungen) berücksichtigt.

Die *laufende Preisbeobachtung* – der Teil, der die freie Preisgestaltung betrifft und vornehmlich Stundensätze von Rechtsanwälten und Wirtschaftsprüfern umfasst – wurde von Mai bis August 2004 mittels einer Befragung nur bei denjenigen Zielgruppen durchgeführt, die freie Honorarvereinbarungen in ihrer Kanzlei vornehmen. Aufgrund nur geringfügiger Änderungen der Stundensätze im Zeitverlauf wird eine Befragung einmal jährlich als ausreichend erachtet.

Der Teil der laufenden Preisbeobachtung im Bereich der Gebührenordnungen wurde mit Hilfe von Modellfällen analysiert. Diese wurden für den Erzeugerpreisindex Rechtsberatung in Zusammenarbeit mit Experten erarbeitet. Für den Erzeugerpreisindex Steuerberatung wurden zum einen die Ergebnisse aus der Phase 1 der Piloterhebung und zum anderen Sekundärstatistiken ausgewertet. Dabei wurde versucht, für die Kanzleien möglichst repräsentative, allerdings nicht real existierende Fälle hinsichtlich Tätigkeitsgebiet, inhaltlicher Bedeutung des Falls sowie Gegenstandswert (nach diesem richtet sich die Gebührenhöhe) zu konstruieren. Mit Hilfe von geeigneten Indikatoren (z.B. Bruttoinlandsprodukt, Angaben aus Steuerstatistiken u.a.), die die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen wiedergeben, werden die Veränderungen der den Modellfällen zugrunde liegenden Gegenstandswerte im Zeitverlauf fortgeschrieben.

Die Preisanalyse durch Modellfälle dient wesentlich der Entlastung der Auskunftspflichtigen von amtlichen Erhebungen – eine regelmäßige Befragung im Bereich der Gebührenordnungen entfällt.

Auf der Basis der Wägungsschemata, der Befragungen und der Auswertungen der Modellfälle wurden

vorläufige Erzeugerpreisindizes für das Jahr 2004 ermittelt (mit Basis 2003 = 100): Index für Rechtsanwälte 98,6; für Notare 100,9; für Steuerberater 100,3 und für Wirtschaftsprüfer 100,8.

Zukünftige Aufgaben sind neben der kontinuierlichen Preisbeobachtung, dass die Datenbasis der großen, umsatzträchtigen Unternehmen auf eine breitere Basis zu stellen ist und die Modellfälle verfeinert bzw. für einige Tätigkeitsgebiete weiter ausgebaut werden müssen. Detaillierte Informationen stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [http://www.destatis.de/themen/d/thm\\_preise.php#Pilotprojekt](http://www.destatis.de/themen/d/thm_preise.php#Pilotprojekt) zur Verfügung.

### **Neuer Konjunkturindikator: Arbeitskostenindex für Deutschland**

Der neue vierteljährliche Arbeitskostenindex für Deutschland des Statistischen Bundesamtes wurde am 9. Juni 2005 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Arbeitskostenindex ist einer der 19 wichtigen Konjunkturindikatoren, mit denen die Wirtschaftsentwicklung in Europa analysiert wird. Der schrittweise Aufbau dieses Indikatorensystems ist ein zentrales Anliegen der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Union.

Die Ergebnisse des Arbeitskostenindex liegen zurückgerechnet für den Zeitraum ab 1996 vor.

Der Arbeitskostenindex beruht auf zwei EU-Verordnungen aus dem Jahr 2003 und spiegelt die Entwicklung der Arbeitskosten insgesamt sowie der Teilkomponenten Bruttolöhne und -gehälter und Sozialbeiträge der Arbeitgeber jeweils je geleisteter Stunde wider. Zum Darstellungsbereich des Arbeitskostenindex zählen das Produzierende Gewerbe sowie die Dienstleistungsbereiche „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“, „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ und „Unternehmensnahe Dienstleistungen“.

Im Jahr 2007 soll der gesamte Dienstleistungsbereich abgebildet werden. Die in die Berechnung des Arbeitskostenindex einfließenden Daten stammen aus einer Vielzahl von bestehenden Statistiken, eine neue, eigenständige Erhebung war nicht notwendig. Die Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden wird

der Arbeitszeitberechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit entnommen.

Nähere Informationen enthält die Broschüre „Wie entwickeln sich die Arbeitskosten?“, die kostenlos als PDF-Dokument im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) zur Verfügung steht.

## **Bevölkerung, Staat, Bildung**

### **Gesetz zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes**

Mit Gesetz vom 25. Juni 2005, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt I S. 1860, wurden u.a. das Finanz- und Personalstatistikgesetz und das Hochschulstatistikgesetz geändert.

Das geänderte Finanz- und Personalstatistikgesetz erfasst erstmalig das Finanzvermögen der öffentlichen Haushalte. Damit werden die statistischen Anforderungen der Europäischen Union (EU) erfüllt. Darüber hinaus werden für die aus den öffentlichen Kernhaushalten ausgegliederten Einrichtungen, die nach EU-Vorgaben weiterhin dem Sektor Staat zuzurechnen sind, Regelungen getroffen, die die Aussagekraft der Finanzstatistiken erhalten.

Des Weiteren wird für die Kommunen die Möglichkeit geschaffen, auch aus einem kaufmännischen Rechnungswesen Daten an die statistischen Ämter zu liefern.

Durch die Änderung des Hochschulstatistikgesetzes wird zum einen dem aktuellen Datenbedarf von Hochschulen, Ministerien und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Rechnung getragen; zum anderen erfolgt eine Anpassung des Hochschulrechnungswesens an moderne Rechnungs- und Finanzierungssysteme.

## **CEIES-Seminar „Migrationsstatistiken – Soziale und ökonomische Implikationen unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes“**

Am 9. und 10. Juni 2005 fand in Riga (Lettland) das 28. Seminar des Europäischen Beratenden Ausschusses für Statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) zum Thema „Migrationsstatistiken – Soziale und ökonomische Implikationen unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes“ statt. Schwerpunkte des Seminars waren vor allem

### – Definitive Probleme und Konzepte

Deutlich wurde hier, dass es bislang keine einheitliche und für die amtliche Statistik operationale Definition darüber gibt, wer „Migrant“ ist und wie sich Migration von anderen Formen der Einwanderung wie z.B. Asylsuche unterscheidet. Auch die für differenziertere Betrachtungen wichtige Unterscheidung von Lang- und Kurzzeitmigration wird, sofern überhaupt, unterschiedlich gehandhabt.

### – Intra- und Extra-EU-Migration: Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Hier wurden eine Fülle von Ergebnissen unterschiedlicher empirischer Untersuchungen vor allem über die Auswirkungen von Migration auf den Arbeitsmarkt und das fiskalische System vorgestellt. Ein Großteil dieser Studien stützte sich zumindest teilweise auch auf Ergebnisse der amtlichen Statistik. So wurden Einblicke in die verschiedenen migrationsstatistischen Systeme der amtlichen Statistik möglich, sowohl in ihre Leistungsfähigkeit wie auch in ihre Schwächen.

### – Langzeiteffekte: Effizienz verbessernde Maßnahmen

Es bestand weitgehend Einigkeit, dass zur Verbesserung der Aussagefähigkeit von Statistiken über Migration zunächst möglichst einheitliche und zumindest EU-weit geltende Definitionen notwendig sind. Auch wenn ein Großteil dieser Statistiken auf Verwaltungsmaßnahmen basiert, die länderspezifisch unterschiedlich ausgestaltet sein können, soll hier auf eine möglichst einheitliche Handhabung auf europäischer Ebene hingewirkt werden. Im Weiteren scheinen umfassen-

de und integrierte Bevölkerungsregister – wie am Beispiel von Österreich deutlich wurde – eine gute und belastungsarme Quelle für unterschiedliche Fragestellungen bezüglich Migranten zu sein. Schließlich können auch spezifische Erhebungen wie die Arbeitskräfteerhebung 2008 um migrationspezifische Fragen erweitert werden. Hierbei jedoch ist zu beachten - so wurde immer wieder deutlich -, dass häufig die Grundgesamtheiten relativ klein sind, was differenzierte Auswertungen erschwert und die Ergebnisse manchmal auch systematisch verzerrt sein können.

## **Generationensterbetafeln von 1871 bis 2003**

Das Statistische Bundesamt hat erstmals Generationensterbetafeln veröffentlicht. Generationensterbetafeln, auch als Kohorten- oder Längsschnitttafeln bezeichnet, dienen der Betrachtung der Sterblichkeit und der Lebenserwartung von Geburtsjahrgängen. Im Gegensatz dazu beziehen sich die vom Statistischen Bundesamt regelmäßig veröffentlichten Querschnitt- oder Periodensterbetafeln auf die Sterblichkeitsverhältnisse und Lebenserwartung der gesamten Bevölkerung in einem bestimmten Zeitraum. Mit Generationensterbetafeln kann neben der durchschnittlichen Lebenserwartung eines Geburtsjahrgangs untersucht werden, welche Ereignisse die Sterblichkeitsverhältnisse eines Geburtsjahrgangs langfristig beeinflussen. Solche Ereignisse können beispielsweise die Geburt oder das Erreichen des Wehrpflichtalters in Kriegsjahren sein.

Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Generationensterbetafeln umfassen die Geburtsjahrgänge von 1871 bis 2003. Hierbei wurden die Sterblichkeitsverhältnisse sowohl mit als auch ohne Militärangehörige untersucht.

Die Voraussetzung für die Berechnung einer Generationensterbetafel ist die Kenntnis, wie viele Personen in den einzelnen Altersjahren des entsprechenden Geburtsjahrgangs noch leben bzw. bereits gestorben sind. Dementsprechend müssen alle Angehörigen des jeweiligen Geburtsjahrgangs bereits verstorben sein, was in der Regel einen Beobachtungszeitraum von mehr als 100 Jahren erfordert. Die Berechnung von Generationensterbetafeln ist deshalb zunächst auf die Geburtsjahrgänge vor 1900 begrenzt, da erst

diese als abgeschlossen gelten können. Um auch jüngere Geburtsjahrgänge einbeziehen zu können, müssen die fehlenden Altersjahre durch Schätzungen mit Hilfe eines mathematischen Modells ergänzt werden. Berücksichtigt werden muss auch, dass die Voraussetzung der vollständigen Erfassung aller Gestorbenen und Lebenden in jedem Altersjahr aufgrund der Wanderungsbewegungen nicht genau erfüllt werden kann. Die Zusammensetzung eines Geburtsjahrgangs ändert sich im Zeitablauf, weil Personen aus anderen Gebieten mit unterschiedlicher Sterblichkeit hinzukommen und Angehörige des Geburtsjahrgangs das Erhebungsgebiet durch Wegzug verlassen. Deutschland ist durch seine geschichtliche Entwicklung hiervon besonders stark betroffen. Die beiden Weltkriege haben zu erheblichen Gebietsveränderungen und Wanderungsbewegungen geführt und darüber hinaus Lücken in der Bevölkerungsstatistik hinterlassen.

Die Generationensterbetafeln für Deutschland wurden unter Einbeziehung der vorhandenen Bevölkerungsdaten berechnet, sind jedoch aufgrund der Schätzungen von fehlenden Daten und der Schätzung der zukünftigen Entwicklung der Sterblichkeitsverhältnisse jüngerer Jahrgänge als Modellrechnungen anzusehen.

Die Veröffentlichung „Generationensterbetafeln für Deutschland – Modellrechnungen für die Geburtsjahrgänge 1871 – 2003“ steht als PDF-Datei im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes kostenlos zum Download bereit (<http://www.destatis.de/shop>).

## **Ausländische Bevölkerung in Deutschland**

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland besteht überwiegend aus jungen Menschen im Erwerbsalter. Während das Durchschnittsalter von Ausländern und Ausländerinnen bei rund 34 Jahren liegt, sind die Deutschen mit 42 Jahren im Durchschnitt 8 Jahre älter. Die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) verfügbare animierte Bevölkerungspyramide zeigt anschaulich, wie sich die Altersstruktur der ausländischen von der deutschen Bevölkerung unterscheidet. Diese und weitere Ergebnisse enthält die Veröffentlichung „Strukturdaten und Integrationsin-

dikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2003“, die ein statistisches Gesamtbild über die ausländische Bevölkerung in Deutschland liefert. Dafür wurden Daten zu Ausländerinnen und Ausländern aus verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik und aus Geschäftsstatistiken weiterer Institutionen – wie dem Bundesverwaltungsamt, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Bundesagentur für Arbeit – ausgewählt und zusammengestellt. Die Daten beschreiben die Situation der ausländischen Bevölkerung in verschiedenen Lebensbereichen und vergleichen sie – soweit möglich – mit der Situation der deutschen Bevölkerung. Neben Daten zu demografischen und familiären Strukturen von Ausländerinnen und Ausländern finden sich auch Informationen über Zu- und Fortzüge, Wohnverhältnisse, Bildungs- und Ausbildungsstruktur, Erwerbstätigkeit, Sozialhilfe und Leistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Schwerbehinderung, Straffälligkeit und Einbürgerung. Darüber hinaus werden Eckdaten zu verschiedenen Migrantengruppen wie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerbern dargestellt.

Die Publikation „Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2003“ steht im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) kostenlos als PDF-Datei zur Verfügung; die Printversion kann zum Preis von 14,50 Euro ebenfalls über den Statistik-Shop bezogen werden.

## **Statistiken über die öffentlichen Finanzen in Deutschland sind zukunftsorientiert**

Die Berichterstattung über die öffentlichen Finanzen hat im Statistikprogramm der Europäischen Union (EU) höchste Priorität. Gemeinsamer methodischer Rahmen, der den Vergleich der Daten über die öffentliche Finanzwirtschaft der Mitgliedstaaten der EU sicherstellt, ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). In Deutschland sind die hoch entwickelten Statistiken über die öffentlichen Finanzen (Finanzstatistiken) die Grundlage, auf der die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Einnahmen und Ausgaben des Staates, Staatsdefizit) und die Deutsche Bun-

desbank (Staatsverschuldung) nach den Regeln des ESVG 1995 arbeitsteilig die Daten für die EU errechnen. Aufeinander abgestimmte Systematiken für die Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen ermöglichen eine direkte, zeitnahe und ausreichend gegliederte Ermittlung der finanzstatistischen Daten unmittelbar aus dem öffentlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen. Dies schafft optimale Voraussetzungen für eine gute Qualitätssicherung und hält den Aufwand der öffentlichen Verwaltungen für die Finanzstatistiken in Grenzen.

Die *vierteljährliche Kassenstatistik* bildet die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben in der Gliederung nach ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Arten ab. Sie gibt aktuell einen detaillierten Einblick in die finanzwirtschaftliche Lage jedes öffentlichen Haushalts und lässt die Auswirkungen der öffentlichen Finanzen auf die Gesamtwirtschaft (Defizit, Kreditnachfrage, Investitionen, Steuern, Transfers, Subventionen) erkennen. Unter den Finanzstatistiken ist die vierteljährliche Kassenstatistik die wichtigste Entscheidungsgrundlage für Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik; für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist sie unerlässliche Basis für die aktuelle Darstellung des Sektors Staat sowie wichtiger Aggregate der Verteilungsrechnung.

Die *Rechnungsstatistiken* bilden alle öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Basis der jährlichen Rechnungslegung nach Ablauf eines Haushaltsjahres ab. Durch eine zweite Gliederungsdimension geben sie Aufschluss, in welchen Aufgabenfeldern die öffentlichen Verwaltungen ihre Einnahmen erwirtschaften und für welche Aufgaben sie die eingenommenen Mittel verausgabt haben. Aufgrund dieser funktionalen Gliederung sind die Daten Entscheidungsgrundlage für zentrale nationale fachpolitische Aufgaben (Bildung, Wissenschaft, Kultur, Soziale Sicherung, Gesundheitswesen, Verkehr, Nachrichtenwesen, Umwelt). Auch seitens der EU besteht zunehmend Interesse, die öffentlichen Ausgaben der Mitgliedstaaten detailliert nach Aufgabenfeldern zu vergleichen.

Vom Vermögen des Staates werden statistisch regelmäßig die öffentlichen Schulden (Passivseite) erfasst. Die *Schuldenstatistik* erfragt bei allen öffentlichen Haushalten jährlich den Stand der Schulden zum 31. Dezember, die liquiditätswirksame Verände-

rung des Schuldenstandes durch Schuldenaufnahme und Schuldentilgung sowie die sonstigen Veränderungen des Schuldenstandes im Laufe des Jahres nach 30 Schuldarten (Wertpapiersschulden nach Art der Schuldpapiere, direkte Darlehen nach Gläubigergruppen). Für den Schuldenstand insgesamt wird auch das Jahr der Fälligkeit, bei der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt die Laufzeit der Kredite (kurz-, mittel-, langfristig) erfasst. Vierteljährlich statistisch ermittelt wird der Stand aller öffentlichen Schulden zum Quartalsende nach Hauptschuldarten (Wertpapiersschulden, direkte Darlehen). Die Deutsche Bundesbank berechnet aufgrund dieser Daten für die Stabilitätsberichterstattung der EU den Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

Mit der aktuellen Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) wird – infolge einer Verordnung der Europäischen Union vom 10. März 2004 – auch in Deutschland die rechtliche Grundlage für eine regelmäßige statistische Erfassung des *Aktivfinanzvermögens* des Staates ab dem Jahr 2005 geschaffen. Bei der aktuellen Reform zu einem neuen ressourcenorientierten Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden ist der Bedarf dieser neuen Vermögensstatistik bereits in den Kontenrahmen integriert worden, damit die benötigten Daten von den öffentlichen Verwaltungen ohne Zusatzaufwand unmittelbar aus dem Rechnungswesen für die Finanzstatistik bereitgestellt werden können. Die aktuelle Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens eröffnet erstmals die Chance, auf der Basis jährlicher Vermögensbilanzen ohne Zusatzaufwand auch ein verlässliches statistisches Bild über das Sachvermögen der öffentlichen Hand zu gewinnen.

Rechnung trägt die aktuelle Änderung des FPStatG auch der verstärkten Tendenz, öffentliche Einrichtungen aus den Kernhaushalten von Bund, Ländern und Gemeinden auszugliedern und mit eigenem Rechnungswesen, doppischem Rechnungswesen oder in rechtlich selbstständiger Form zu führen. Sofern diese Einrichtungen nach den Regeln des ESVG 1995 dem Sektor Staat zuzurechnen sind, wird die Finanzstatistik künftig ihre Finanzen (Aufwand, Ertrag, Investitionen, Finanzvermögen) zeitnah erfassen und mit den Daten der Kernhaushalte zu einem Gesamtergebnis aller öffentlichen Finanzen integrie-

ren. Diese Daten sind wichtige Basis für eine vollständige aktuelle Darstellung des Sektors Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

### **Gemeinschaftsveröffentlichung „Museumsbericht 2004“**

101,2 Mill. Besuche registrierten die deutschen Museen im Jahr 2002. Nach einem Rückgang Mitte der 1990er-Jahre lag die Zahl der Museumsbesuche damit um 4,3% über dem Niveau von 1990.

Diese und weitere Ergebnisse bietet der neu erschienene Museumsbericht 2004. Er ist der erste Ergänzungsband zum Kulturfinanzbericht 2003, der – ebenfalls als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – regelmäßig Finanzdaten aus allen Kulturbereichen bereitstellt. In Ergänzungsbänden werden wichtige Bereiche der deutschen Kulturlandschaft näher beleuchtet. Der vorliegende Bericht zeigt die Entwicklung der Museen seit 1990 auf und enthält umfassende statistische Angaben zu Anzahl, Art, Besuchen und weiteren Aspekten der deutschen Museumslandschaft. Neben Bundes- und Landesergebnissen werden auch Angaben zu Museen und Museumsbesuchen in ausgewählten Städten dargestellt.

Der Museumsbericht 2004 wurde in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vom Institut für Museumskunde der Staatlichen Museen zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz auf Basis der Ergebnisse der Museumsstatistik erstellt.

Der Museumsbericht 2004 ist als elektronische und gedruckte Fassung über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> zu beziehen.

## **Landwirtschaft, Umwelt**

### **Gemeinsame Tagung über Nahrungsmittel- und Agrarstatistiken in Europa**

Vom 29. Juni bis 01. Juli 2005 fand in Rom die „Gemeinsame Tagung von UNECE/ EUROSTAT/ FAO/ OECD über Nahrungsmittel- und Agrarstatistiken in

Europa“ (Joint UNECE/EUROSTAT/FAO/OECD Meeting on Food and Agricultural Statistics in Europe) statt. An der Tagung nahmen Vertreter internationaler Organisationen, nationaler und europäischer Statistikbehörden sowie Landwirtschaftsministerien teil.

Zentrales Thema waren die Statistiken zur Beschreibung der ländlichen Räume, da infolge der wachsenden Bedeutung der ländlichen Entwicklung in der internationalen und europäischen Agrarpolitik ein zunehmender Datenbedarf zu verzeichnen ist. Im Mittelpunkt stand das von einem Expertengremium erstellte Handbuch für Statistiken zum ländlichen Raum. Dieses soll als Leitfaden zur Datensammlung und –veröffentlichung über die ländlichen Räume und die Einkommenssituation landwirtschaftlicher Haushalte dienen, wobei eine Harmonisierung der Definitionen und Methoden angestrebt wird. Dabei fanden nicht nur die Gegebenheiten der europäischen Landwirtschaft Berücksichtigung, sondern auch die Zielstellungen der Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Beiträge konzentrierten sich auf die Beschreibung der Datenquellen, Erhebungsmethoden und Messgrößen sowie die Definition von ländlichen bzw. landwirtschaftlichen Haushalten als statistische Erhebungseinheiten. Aufgrund der Bedeutung der Haushalte für die ländliche Entwicklung wurde als weiterer Schwerpunkt die systematische Messung des Einkommens ländlicher Haushalte thematisiert. Aus den Beiträgen wurde deutlich, dass die Entwicklung der ländlichen Räume gerade in den Industrieländern nicht ausschließlich mit dem Agrarsektor verbunden ist, sondern auch in hohem Maße von der Infrastruktur und anderen Wirtschaftszweigen, wie der Ernährungsindustrie und dem Gastgewerbe/Tourismus, abhängig ist.

Die Tagung behandelte weiterhin die wachsende Bedeutung der Nahrungsmittelsicherheit in der internationalen und europäischen Agrarpolitik. Der Beitrag Eurostats zeigte, dass in Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Ämtern die Datenverfügbarkeit geprüft wurde und zukünftig einheitliche Definitionen zu entwickeln sind. Zudem sollen mit den weiteren Arbeiten geeignete Indikatoren für die Messung der Nahrungs- und Futtermittelsicherheit sowie der erforderlichen Kontroll- und Monitoringkosten ausgewählt werden. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgt die FAO, wobei die größten Schwierigkeiten

rigkeiten im Fehlen von Daten und adäquaten Erhebungsmethoden in den Entwicklungsländern gesehen werden.

Des Weiteren wurde auf die Notwendigkeit von Marktinformationen zu Öko-Erzeugnissen hingewiesen, für die neben den Daten zur Struktur und Produktion von Öko-Betrieben mehr Daten wünschenswert sind. Die Aufnahme neuer Erhebungen bzw. Erhebungsmerkmale wird von den statistischen Ämtern durch die einher gehende zunehmende Belastung der Auskunftspflichtigen und der bisherigen „Nischenrolle“ des Öko-Landbaus kritisch beurteilt.

Die Ergebnisse der Tagung bieten vor dem Hintergrund der Neuausrichtung des europäischen agrarstatistischen Systems ab 2010 wichtige Anregungen für die anstehende Überprüfung der bisherigen Erhebungsorganisation. Die zukünftig stärkere Betonung der Strukturpolitik innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union wird über die Bereitstellung von Daten zu Betriebsstrukturen und Produktionskapazitäten landwirtschaftlicher Betriebe hinaus zusätzliche Informationen zu neuen Themen wie den ländlichen Raum und die Nahrungsmittelsicherheit erfordern. Gerade bei den Statistiken zum ländlichen Raum ist dann auch eine Prüfung der zugrunde liegenden statistischen Einheiten notwendig.

### **Gemeinsame Broschüre zur nachhaltigen Abfallwirtschaft**

Die Abfallablagerversordnung (AbfAbIV), Artikel 1 der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen vom 20. Februar 2001 (BGBl. I S. 305), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 24. Juli 2002 (BGBl. I S. 807), gibt Vorgaben für die umweltverträgliche Deponierung von Siedlungsabfällen. Die Verordnung schreibt unter anderem vor, dass ab dem 1. Juni 2005 keine unbehandelten Siedlungsabfälle mehr auf Deponien abgelagert werden dürfen. Das Statistische Bundesamt erstellte aus diesem Anlass in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Broschüre „Nachhaltige Abfallwirtschaft ist Ressourcen- und Klimaschutz“.

Darin werden längere Zeitreihen von Daten zu verschiedenen Themen im Bereich der Siedlungsabfallentsorgung dargestellt. Diese Reihen zeigen die Entwicklungen der letzten 20 Jahre auf.

Die Broschüre kann kostenfrei unter <http://www.destatis.de> oder auch direkt unter [http://www.bmu.de/files/abfallwirtschaft/downloads/application/pdf/siedlungsabfallentsorgung\\_statistik.pdf](http://www.bmu.de/files/abfallwirtschaft/downloads/application/pdf/siedlungsabfallentsorgung_statistik.pdf) heruntergeladen werden.

## **Gesundheit, Soziales, Private Haushalte**

### **Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes mit neu gestalteter Nutzeroberfläche**

Kurz nach der Vorstellung des Informationssystems der Gesundheitsberichterstattung des Bundes IS-GBE ([www.gbe-bund.de](http://www.gbe-bund.de)) im Jahr 1999 hieß es in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“:

„Die große Dynamik und die wachsende gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung haben das Gesundheitswesen in den letzten Jahren zunehmend in den Brennpunkt von Politik, Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit gerückt. Diese Rahmenbedingungen führten zur Etablierung der GBE des Bundes. Ziel der GBE des Bundes ist es, schrittweise ein Berichtssystem aufzubauen, das seinen Nutzern an zentraler Stelle einen umfassenden Überblick über das Gesundheitswesen in Deutschland bietet.“ Bei unveränderten Rahmenbedingungen hat sich das IS-GBE inzwischen als unverzichtbare Informationsquelle etabliert, was sich u.a. an den stetig steigenden Nutzerzahlen zeigt.

Nach der phasenweisen Weiterentwicklung umfasst das Informationssystem heute Zahlen und Hintergrundinformationen aus mehr als 100 gesundheitsbezogenen statistischen Quellen. Rund 60% der Erhebungen, die im GBE-System abrufbar sind, stammen von Institutionen außerhalb der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Unter ihnen befinden sich auch Daten internationaler Institutionen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Als neuer Da-

tenbereich wurden ausgewählte Indikatoren der GBE der Bundesländer aufgenommen.

Da sich seit 1999 die Internetgewohnheiten und die Zugangsmöglichkeiten der Nutzer erheblich verändert haben, wurde die Entwicklung einer modernen, noch einfacher zu bedienenden Oberfläche notwendig, die sich derzeit in der ersten Testphase befindet. Neben Änderungen bei der Navigation (u.a. ständige Erreichbarkeit der Stichwort- und Themensuche) und der optischen Gestaltung sind ein einfacherer Download, erweiterte Möglichkeiten zur Gestaltung dynamischer Datentabellen und die verbesserte Positionierung der Seiten des IS-GBE in Internetsuchmaschinen in Arbeit.

Zur weiteren Verbesserung der Stichwortsuche werden derzeit neuere linguistische Verfahren getestet. Hier wird vor allem die Frage geklärt, ob diese Verfahren die speziellen Anforderungen erfüllen, die die Stichwortsuche in dynamischen Tabellen stellt. Ferner müssen umfangreiche Anpassungen des Informationssystems erfolgen, um den Ansprüchen der Barrierefreiheit gemäß der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik (BITV) gerecht zu werden. Hier seien beispielhaft die Hinterlegung aller Grafiken und Tabellen mit erklärenden Texten und die vom Ein- oder Ausgabegerät unabhängige Gestaltung der Seiten (z.B. bei Nutzung von Screen-Readern oder bei Navigation ohne Maus) genannt.

Für die Nutzer nicht unmittelbar sichtbar wird zudem ein großer Teil der gespeicherten Informationen auf eine neue technische Grundlage gestellt. Das IS-GBE macht einen großen Teil seiner Daten in einem web-basierten OLAP-System (OLAP = Online Analytical Processing) verfügbar. Dadurch werden eine flexible, redundanzfreie Speicherung und eine nutzerfreundliche Aufbereitung der Tabellendaten möglich. Diese multidimensionale Datenbank kann jetzt mittels neuer Softwareprodukte in die Gesamtdatenbank integriert werden. Dadurch werden eine bessere Abstimmung der Daten und ein Zugewinn an Performance erreicht.

Schließlich werden zurzeit auch Arbeiten durchgeführt zur Integration der Datenbestände des IS-GBE in die Stichwortrecherche des Informations- und Wissensmanagement-Systems (IWMS) des Statistischen Bundesamtes, das sich derzeit in Entwicklung befindet.

Nach Abschluss der Arbeiten soll im Herbst 2005 eine externe Evaluation sowohl der inhaltlichen Ausrichtung als auch der Datenpräsentation des IS-GBE erfolgen.

### **3. Bericht zur Pflegestatistik 2003 erschienen**

Der „3. Bericht: Pflegestatistik 2003 – Ländervergleich: ambulante Pflegedienste“ ist jetzt erschienen. Dieser Bericht sowie ältere Berichte zur seit 1999 zweijährlich durchgeführten Pflegestatistik sind kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ([http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d\\_pflege99.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_pflege99.htm)) abrufbar.

### **Sozialhilfe regional 2003**

Die gemeinsame Veröffentlichung „Sozialhilfe regional 2003“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gibt erstmals einen Überblick zum Sozialhilfebezug in allen 439 Kreisen in Deutschland. Die Publikation ist kostenlos online im gemeinsamen Statistikportal (<http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal>) sowie im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ([http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz\\_d.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz_d.htm)) erhältlich. Sie stellt auch Angaben über die durchschnittlichen monatlichen Bruttokaltmieten sowie die monatlichen Nettoansprüche der Sozialhilfehaushalte im Regionalvergleich zur Verfügung. Ferner enthält die Veröffentlichung auf Kreisebene Schätzungen zur Zahl der Sozialhilfeempfänger, die nicht erwerbstätig, aber grundsätzlich erwerbsfähig sind (Arbeitskräftepotenzial).

### **Die Mikrodaten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 als Scientific- und Public-Use-Files**

Eine Dekade nach der ersten Erhebung im Jahr 1991/1992 führte das Statistische Bundesamt in den Jahren 2001 und 2002 erneut eine Zeitbudgeterhebung durch. Auch diese Studie wurde mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder repräsentativ für Deutschland erhoben. Die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 basiert auf den Empfehlungen des Sta-

tistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur Harmonisierung der europäischen Zeitbudgetstudien.

Wie bereits für die Erhebung 1991/1992 wird das Statistische Bundesamt Mikrodaten zur Zeitverwendung 2001/2002 in zwei unterschiedlichen Datensätzen anbieten. Zum einen wird in Kürze für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen in Deutschland ein faktisch anonymisiertes Scientific-Use-File zum Preis von 65,- Euro zur Verfügung stehen. Mit dessen Hilfe können Wissenschaftler Auswertungen der Einzeldaten in eigener Regie, zugeschnitten auf die Belange des jeweiligen Forschungsprojektes, durchführen. Zum anderen wird ein Public-Use-File angeboten werden, dessen absolute Anonymisierung es erlauben wird, die Einzeldaten jedem Interessierten in Deutschland und im Ausland – also auch der ausländischen Wissenschaft – zugänglich zu machen.

Beispiele zur Bandbreite an Forschungsthemen mit Zeitbudgetdaten enthält der Band 43 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ des Statistischen Bundesamtes, „Alltag in Deutschland“, in dem die Ergebnisse der Arbeiten des Wissenschaftlichen Auswertungsbeirats, der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Statistischen Bundesamt berufen wurde, präsentiert werden (erhältlich unter <http://www.destatis.de/shop>). Auch in den kürzlich erschienenen 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung haben die Daten Eingang gefunden.

Informationen zu den Bestell- und Vertragsmodalitäten enthält das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes auf den Seiten des Forschungsdatenzentrums (<http://www.destatis.de/fdz/>) oder der Gruppe Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets ([http://www.destatis.de/themen/d/thm\\_haushalt.php](http://www.destatis.de/themen/d/thm_haushalt.php)).

## Personalnachrichten

### Statistischer Beirat

Frau Dr. Katharina Erdmenger, bisher Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist aus dem Statistischen Beirat ausgeschieden.

Dr. Eberhard K. Seifert, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, wurde als Vertreter der Umweltverbände in den Statistischen Beirat berufen.

Prof. Dr. Thomas K. Bauer, Mitglied des Vorstandes des RWI Essen, wurde als einer der beiden Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in den Statistischen Beirat berufen.

Als weitere Vertreterin der Wissenschaft wurde Frau Prof. Dr. Heike Solga, stellvertretende Vorsitzende des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten, in den Statistischen Beirat berufen.

Ministerialrat Dr. Bernd Hanke vertritt als Nachfolger von Regierungsrätin Kerstin Neuwirth das Bundesministerium der Finanzen im Statistischen Beirat.

Ministerialdirigent Dr. Jörg Wendisch wird als Nachfolger von Ministerialdirigent Dr. Robert Kloos das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft im Statistischen Beirat vertreten.

Dr. Klaus Reeh wird das Europäische Statistische Amt im Statistischen Beirat vertreten.

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland hat Dr. Manfred Efinger als Nachfolger von Ministerialrat Dr. W. Walter Lotz als Ständiges Gastmitglied im Statistischen Beirat benannt.

Prof. Dr. Karl Mosler wird als Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft dem Statistischen Beirat als Ständiges Gastmitglied angehören.

### Statistisches Bundesamt

Leitender Regierungsdirektor Roland Gnos, Leiter der Abt. IV „Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel“, wurde zum Abteilungspräsidenten ernannt.

Leitende Regierungsdirektorin Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung V „Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste“, wurde zur Abteilungspräsidentin ernannt.

Leitender Regierungsdirektor Hans-Joachim Heidenreich, Leiter der Gruppe VIII C „Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe, Haushalte und Familie“, ist mit Ablauf des 30. April 2005 in den Ruhestand getreten.

Frau Sigrid Kiese wurde zur Referatsleiterin in der Gruppe I A „Grundsatzfragen, Nationale und internationale Koordinierung“ bestellt.

Regierungsrat z. A. Marc Sch ulir sch, Referatsleiter in der Gruppe II D „IT-Nutzerservice, Statistische und Geo-Informationssysteme“, wurde zum Regierungsrat ernannt.

Oberregierungsrat Helmut Mayer, Referatsleiter in der Gruppe III C „Input-Output-Rechnung, Vermögensrechnung“, wurde in die Gruppe III E „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“ umgesetzt.

Frau Dipl. Wirtsch. Angela He in ze, Referatsleiterin in der Gruppe III E „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“, wurde in die Gruppe III C „Input-Output-Rechnung, Vermögensrechnung“ umgesetzt.

Regierungsrätin Dr. Ute Ha ne fe ld wird nach Ablauf ihrer Beurlaubung in der Gruppe VI A „Wahlen, Volkszählungen, Gebäude und Wohnungen“ als Referatsleiterin eingesetzt.

Regierungsdirektor Dr. Gunter Br ü c kn er, bisher für eine Tätigkeit bei Eurostat beurlaubt, wird als Referatsleiter in Gruppe VI B „Bevölkerung und Migration“, eingesetzt.

Dipl.-Ing. Agr. Dr. Claire Gro be cker, Referatsleiterin in der Gruppe VI B „Bevölkerung und Migration“, wurde zur Regierungsrätin z. A. ernannt.

Udo We ber wurde zum Referatsleiter in Abteilung VII „Dienstleistungen, Landwirtschaft, Umwelt“ im Bereich „Verwaltung“ bestellt.

Regierungsrat z. A. Dr. Torsten Bl um ö hr wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe VII A „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ beauftragt.

Oberregierungsrat Hermann Vo it, Referatsleiter in der Gruppe VI B „Bevölkerung und Migration“, scheidet mit Ablauf des 30. Juni 2005 aus.

### **Statistisches Landesamt Baden-Württemberg**

Regierungsdirektorin Barbara Sinner-Bartels, Leiterin der Abteilung 2 „Bevölkerung und Kultur“, ist zur Leitenden Regierungsdirektorin ernannt worden.

## Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
<b>Tagungen im Zeitraum April bis Juni 2005</b>		
7./8. April 2005	Bremen	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
12./13. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
12./13. April 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
14. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
19./20. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
21. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensusvorbereitung“
21./22. April 2005	Dresden	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
25./26. April 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen“ und Referentenbesprechung „Zeitbudgeterhebungen privater Haushalte“
27. April 2005	Wiesbaden	Fachausschuss „Verkehrsstatistik“
27./28. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
2.- 4. Mai 2005	Schlangenbad	Amtsleitertagung
10.- 12. Mai 2005	Lübeck	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
31. Mai/1. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
7./8. Juni 2005	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
14. Juni 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
14.- 16. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
15. Juni 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“
15./16. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
15./16. Juni 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“

21. Juni 2005	Wiesbaden	Statistischer Beirat
21. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
22. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“
23. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Wohngeldstatistik“
23./24. Juni 2005	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“

#### Tagungen im Zeitraum Juli bis Dezember 2005

13.- 15. September 2005	Kamenz	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
15./16. September 2005	Hamburg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
21./22. September 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Neukonzeption des Gemeindeverzeichnisses“
26.- 29. September 2005	Braunschweig	Statistische Woche
27./28. September 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
27./28. September 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
September 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
5./6. Oktober 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
13.- 14. Oktober 2005	Magdeburg	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
17./18. Oktober 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen“ und Referentenbesprechung „Zeitbudgeterhebungen privater Haushalte“
26./27. Oktober 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
Oktober 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
4. November 2005	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
8. November 2005	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
16./17. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“

22. November 2005	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
22./23. November 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
22./23. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
23./24. November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Lohnstatistik“
29./30. November 2005	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
November 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“